



Corinna Forberg, Birgit Gerkensmeier, Agnes Haas,
Markus Anhalt, Prof. Dr. Joseph Hölscher

Hochwasserrisiken bewältigen – Information und Beteiligung der Öffentlichkeit

Methoden und Maßnahmenkatalog
für die wasserwirtschaftliche Praxis



Niedersachsen

Realisiert von:



Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz



Forschungsverbund „Klimafolgenforschung in Niedersachsen“

KLIFWA

„Auswirkungen von Klimaänderungen auf Wasserdargebot, Hochwasserrisiko und Gewässerbelastung in Niedersachsen“

August 2013



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Sensibilisierung und Partizipation in der Bevölkerung.....	4
2.1	Rechtliche Vorgaben zur Information und Beteiligung der Bürger an Hochwasserschutzmaßnahmen.....	6
3	Vorteile und Grenzen bei Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen.....	7
4	Grundlegende Schritte zur Anwendung von Beteiligungsverfahren	9
5	Weiterentwicklung von Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit in Hinblick auf zukünftige Veränderungen / Klimawandel.....	11
5.1	Klimafolgenforschung in Niedersachsen: Projekte KLIFF/ KLIFWA	12
6	Information und Beteiligung in verschiedenen Stufen	12
7	Vorstellung von Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen	14
7.1	Übersicht aller vorgestellten Maßnahmen zur Information	14
7.2	Übersicht aller vorgestellten Maßnahmen zur Konsultation.....	16
7.3	Übersicht aller vorgestellten Maßnahmen zur Mitbestimmung	17
7.4	Übersicht der aufgeführten Maßnahmen über die vorgeschriebenen (informalen) Planungsinstrumente der Verwaltung	18
7.5.1	Maßnahmenbeschreibung zur Information.....	18
7.5.2	Maßnahmenbeschreibung der Konsultation.....	26
7.5.3	Maßnahmenbeschreibung der Mitbestimmung	30
7.5.4	Maßnahmenbeschreibungen der vorgeschriebenen Planungsinstrumente der Verwaltung	34
8	Praktische Hinweise zur Umsetzung von Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen	35
8.1	Ankündigung und Bewerbung der Maßnahmen	35
8.2	Darstellung des Informationsmaterials	35
8.3	Bedeutung der Medien als Informationskanal	36
8.4	Bewusstseinsstärkung in 3 Phasen	37
8.5	Inhaltliche Hinweise	38
8.6	Rückfragen und Ansprechpartner	39
8.7	Erhöhung des Erfolgs von Beteiligungsmaßnahmen.....	39
8.8	Veränderte gesellschaftliche Entwicklung	39
9	Weiterführende und vertiefende Informationen	40
10	Literatur	41



1 Einleitung

Für erfolgreiche Hochwasserschutzmaßnahmen sind alle betroffenen Akteure wie Land, Kommunen und BürgerInnen gefragt. Ziel muss es sein, die Öffentlichkeit gegenüber Hochwasserrisiken zu sensibilisieren. Die Einbindung der Bevölkerung in das Hochwassermanagement stärkt dessen Risikobewusstsein und fördert die aktive Beteiligung und Eigenvorsorge. Wie auch bereits im Hochwasser 2007 in Dannenberg (siehe Abbildung 1) gilt es, gemeinsam Hand in Hand an Hochwasserschutzmaßnahmen zu arbeiten. Um die Beteiligung und die Kommunikationsmöglichkeiten verbessern zu können, wurde zunächst der aktuelle Informationsstand und –bedarf zum Thema Hochwasserrisiko mittels einer Expertenumfrage und einer Online-Bürgerbefragung in Niedersachsen ermittelt. Die Experteninterviews mit unterschiedlichen Akteuren des Hochwasserschutzes im Aller-Leine-Oker-Gebiet haben aufgezeigt, dass in Niedersachsen noch Bedarf an effektiven Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger besteht. Bei der Online-Bürger-Umfrage des NLWKN gaben 48% von 1.763 Befragten an, bisher nicht ausreichend über Hochwasserrisiken informiert worden zu sein. Davon schätzen sogar 72% das Hochwasserrisiko am Wohnort sehr hoch ein. Aufgrund des hohen Informationsbedarfs der Bevölkerung wurde die vorliegende Broschüre erarbeitet und den Kommunen und weiteren Akteuren der wasserwirtschaftlichen Praxis als Handweiser zur Verfügung gestellt. Es werden verschiedene Maßnahmen und Methoden vorgestellt, die zur Aufklärung und Beteiligung der Bevölkerung an Hochwasserschutzmaßnahmen durchgeführt werden können. Beschreibungen und Hinweise zu den Maßnahmen sollen den Akteuren die Auswahl einer geeigneten Methode erleichtern.



Abbildung 1: Helfer im Hochwasserge-schehen in Dannenberg (NLWKN, 2007)

2 Sensibilisierung und Partizipation in der Bevölkerung

Als Grundlage für das eigenverantwortliche Handeln muss zunächst das Bewusstsein über ein bestehendes Hochwasserrisiko vorhanden sein. Dieses führt zum Erkennen der eigenen Verantwortung und zum Entschluss, Informationen über bestehende Handlungsmöglichkeiten und deren Umsetzung einzuholen. Das Bewusstsein muss sowohl bei den beteiligten Akteuren, beispielsweise den kommunalen Behörden, als auch bei der Bevölkerung geschaffen werden. Es bietet die Grundlage für konkrete Vorsorge- und Schutzmaßnahmen. Die Sensibilisierung der Bevölkerung stellt eine wichtige Basis und Daueraufgabe im vorsorgenden Hochwasserschutz dar. Die Zuständigkeit für den Hochwasserschutz liegt in Niedersachsen im Rahmen der allgemeinen Daseinsvorsorge bei den Kommunen (vgl. § 2 Abs. 2 NKomVG).

Auf Grund der unterschiedlich intensiven Auseinandersetzung der einzelnen Akteure mit dem Thema Hochwasserrisiko sind sie auch unterschiedlich stark sensibilisiert. Besonders deutlich ist dieser Unterschied zwischen den fachlich involvierten Akteuren (z.B. Mitarbeiter der zuständigen Behörden, Planungsbüros, Natur- und Umweltschutzverbände etc.) und der

zumeist passiv beteiligten bzw. betroffenen Bevölkerung. In Regionen, innerhalb derer aktiv (und teilweise bereits seit langer Zeit) Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Hochwasservorsorge betrieben wird, kann meist eine deutlich höhere Sensibilisierung gegenüber Hochwassergefahren festgestellt werden. In Regionen mit geringer Aufmerksamkeit auf den Hochwasserschutz ist häufig ein Sensibilisierungsbedarf bei allen involvierten Akteuren, die Bevölkerung eingeschlossen, zu erkennen.

Sensibilisierung: Bildung eines Bewusstseins über einen bestimmten Sachverhalt, ein Problem oder einen Konflikt.

Partizipation: Beteiligung, Teilnahme, Mitbestimmung sowohl von Einzelpersonen als auch von Organisationen an einer Entwicklung. Partizipation findet in der Umsetzung verschiedener Beteiligungsformen statt.

Die zunehmende Gefährdung besiedelter Gebiete durch Hochwasserereignisse fordert mehr denn je ein gemeinsames Handeln aller Beteiligten. Sowohl die Vorsorgemaßnahmen des Staates als auch das eigenverantwortliche Handeln der Bevölkerung müssen dabei zusammen wirken.

Die Beteiligung (Partizipation) der Bevölkerung ist ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Umsetzung einer Hochwasserschutzmaßnahme. Es kann darüber hinaus erkannt werden, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der Intensität der Beteiligung der Bürger und der Betroffenheit dieser Bürger durch ein vorangegangene/s Hochwasserereignis(se) besteht. Die Abbildung 2 zeigt einen Auszug der Ergebnisse der Online-Bürgerumfrage des NLWKNs „Bürger ins Boot holen – aber wie?“ (2012). Innerhalb dieser Umfrage konnte ebenfalls ge-

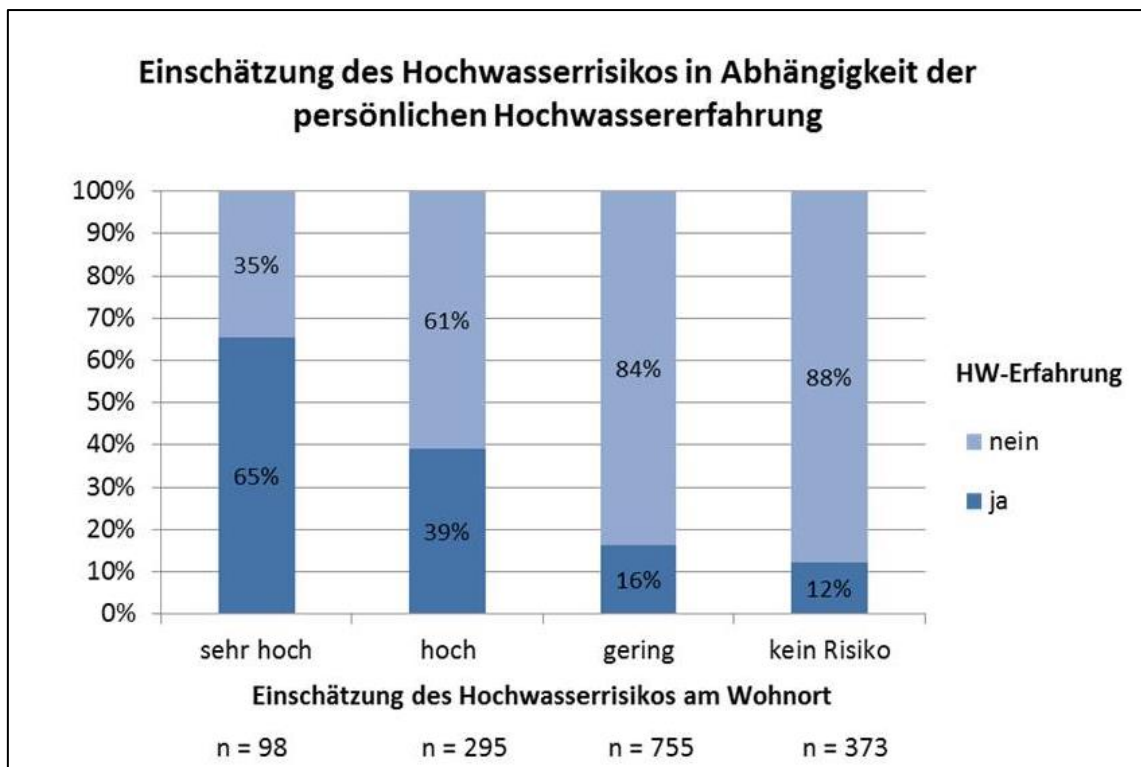


Abbildung 2: Abhängigkeit der Einschätzung des Hochwasserrisikos am Wohnort von der Hochwassererfahrung (Hochwasserbewusstsein); Ergebnisse der Online-Umfrage „Bürger mit ins Boot holen – aber wie?“ (NLWKN, 2012)

zeigt werden, dass die Hochwassererfahrung betroffener Bürger zu einer Sensibilisierung und damit der erhöhten Wahrnehmung des Hochwasserrisikos am eigenen Wohnort führt.

Die persönliche Betroffenheit der Menschen spielt somit eine entscheidende Rolle für die Sensibilisierung und Partizipation der Bevölkerung.

Es muss jedoch Ziel sein, auch die in hochwassergefährdeten Gebieten lebende Bevölkerung gegenüber den bestehenden Hochwasserrisiken zu sensibilisieren. Sind keine Erfahrungen mit Hochwasser und kein persönliches Interesse an dieser Thematik vorhanden, können diese Bürger zumeist schwerer erreicht werden. Mit der Umsetzung der folgenden aufgeführten Maßnahmen (s. Seite 14 ff), gilt es die Sensibilisierungsarbeit zu fördern.

2.1 Rechtliche Vorgaben zur Information und Beteiligung der Bürger an Hochwasserschutzmaßnahmen

Die zunehmende Bedeutung der Sensibilisierung und Partizipation der Bevölkerung im Bereich der Hochwasservorsorge wird auch bei der Betrachtung der rechtlichen Grundlagen deutlich. Das Bundesgesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (WHG) (2009) sowie das Bundesgesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes (2005) enthält bereits den Hinweis, dass *„jede Person, die durch Hochwasser betroffen sein kann, [] im Rahmen des ihr Möglichen und Zumutbaren verpflichtet [ist], geeignete Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor Hochwassergefahren und zur Schadensminderung zu treffen, insbesondere die Nutzung von Grundstücken den möglichen Gefährdungen von Mensch, Umwelt oder Sachwerten durch Hochwasserschutz anzupassen* (Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes Art 1, Abs 4, §31 a (2))⁴. Die Selbstverantwortung jedes Einzelnen wird an dieser Stelle klar hervorgehoben.

Die europäische Hochwasserrisikomanagementrichtlinie (EU-HWRM-RL, 2007) wurde mit der Novelle 2009 des WHG in nationales Recht umgesetzt. Mit der Einführung dieser Richtlinie wurde die Aufgabe gestellt, einen Rahmen für die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken zur Verringerung bzw. Vermeidung der hochwasserbedingten nachteiligen Folgen auf:

- die menschliche Gesundheit,
 - die Umwelt,
 - das Kulturerbe und
 - die wirtschaftlichen Tätigkeiten
- in der Gemeinschaft zu schaffen.

Diese Richtlinie schreibt die Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse der einzelnen Umsetzungsschritte (vorläufige Risikobewertung, Gefahren- und Risikokarten, Risikomanagementpläne) vor. Zudem wird die aktive Beteiligung der interessierten Stellen bei der Aufstellung, Überprüfung und Aktualisierung der Hochwasserrisikomanagementpläne gefordert (EU-HWRM-RL, 2007).

3 Vorteile und Grenzen bei Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen

Die Durchführung von Teilnahmsmaßnahmen kann innerhalb von Planungs- und Umsetzungsprozessen aber auch in der generellen Kommunikation zwischen der Öffentlichkeit und den Bundes- und Landesbehörden den Austausch zwischen den Parteien fördern, Verständnis schaffen und helfen Konflikte zu bewältigen bzw. zu verhindern. In Anlehnung an die Darstellung des Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BVMIT, Wien 2008) sowie der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT, 2003, 2004a, 2004b) sollen die folgenden Vorteile genannt werden, die eine Durchführung von Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen in Bezug auf das Hochwasserrisiko bieten:

Vorteile für den Bürger:

- Mitbestimmung und Mitwirkung bei der Umsetzung und Gestaltung des Hochwasserschutzes in der Region
- Einbringen von eigenen Interessen und Argumenten
- Detailliertere und aktuellere Information über ein bestimmtes Vorhaben gegenüber Außenstehenden; zudem Einblick in die politischen Entscheidungsprozesse möglich
- Verständnis bzw. Nachvollziehbarkeit der unterschiedlichen Standpunkte für alle Beteiligten; sie ermöglichen eine sachliche, lösungsorientierte Diskussion

Vorteile für die wasserwirtschaftliche Praxis und Verwaltung (z. B. Kommune):

- Verringerung der Einsprüche und nachträglichen Beschwerden bei umzusetzenden Hochwasserschutzmaßnahmen. Daraus resultierend auch eine tendenziell schnellere Verfahrensabwicklung und -umsetzung.
- Aufbau einer Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit; diese kann bei weiteren Maßnahmen, Projekten etc. bereits eine fundierte Ausgangslage bieten. Zudem kann eine Veränderung des Image der Behörde oder Einrichtung in der Öffentlichkeit stattfinden.
- Die Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung bzw. verschiedener Bevölkerungsgruppen können deutlicher erkannt werden. Dieses Wissen ermöglicht es, diese Haltungen bei weiteren Prozessen zu bedenken und berücksichtigen.
- Kontakte und Kooperationen zu beteiligten Organisationen und Vereinen können geknüpft und für weitere Zusammenarbeit ausgebaut werden.

Eine erfolgreiche Durchführung von Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen erfordert eine intensive Planung und bisweilen auch Erfahrung. Ein paar mögliche Probleme, die bei Bekanntsein möglicherweise gleich zu Beginn umgangen oder vermieden werden können werden hier genannt.

Mögliche Gründe für Grenzen bei Informations- und Beteiligungsmaßnahmen:

- Organisierte Interessensgruppen (z.B. Verbände etc.) können durch Ihre Dominanz innerhalb von Beteiligungsverfahren weniger gut organisierte Gruppen und Akteure verdrängen bzw. übertönen. Es entsteht ein Ungleichgewicht der Interessen.
- Auswahl der Beteiligten sollte ausgewogen sein; häufig dominieren männliche, hochausgebildete bzw. Angehörige höherer beruflicher Positionen; Schwächere Vertreter (u.a. ausländische Mitbürger, ältere Menschen können leicht überhört werden. Daher sollte auf eine Ausgewogenheit unter den Vertretern geachtet werden.
- Betroffene oder Interessensvertreter, die nicht gewohnt sind, ihre Interessen vor anderen zu artikulieren, müssen aktiv eingebunden und ermutigt werden, um ein ganzheitliches Meinungsbild der Öffentlichkeit erfassen zu können.
- Zeitmangel der Interessensvertreter kann als Hemmnis gegen eine Teilnahme oder Auseinandersetzung mit einem Thema erscheinen.
- Beteiligung kann gehemmt werden, wenn nicht klar ersichtlich ist, wie und ob die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens umgesetzt werden bzw. wo sie einfließen. Eine transparente und an die Teilnehmer kommunizierte Planung ist für eine erfolgreiche Zusammenarbeit essentiell. Dabei sollten sowohl die zeitliche Planung als auch die Kriterien der inhaltlichen und organisatorischen Planung (Zielsetzung des Vorhabens, Rollenverteilung, Rahmen und Ort der Treffen etc.) bedacht und kommuniziert werden.
- Um mögliche Pattsituationen zu vermeiden, in denen sich Positionen, Argumente und/oder Werte unvereinbar gegenüberstehen und eine Weiterentwicklung des Prozesses verhindern, sollte bereits zu Beginn des Verfahrens die Konsensbereitschaft der Beteiligten erfragt werden. Sie bildet eine entscheidende Grundvoraussetzung für die Aufnahme eines Beteiligungsverfahrens. Wird deutlich, dass keine Konsensbereitschaft besteht, sollte das Verfahren nicht begonnen werden.
- Die Unterstützung von PolitikerInnen am Beteiligungsprozess kann durch Befürchtungen um die Einschränkung ihres Handlungs- und Entscheidungsspielraumes oder durch Befürchtungen um einen zu hohen zeitlichen und arbeitsintensiven Aufwand verhindert werden. Die Teilnahme von PolitikerInnen ist jedoch zumeist wichtig bzw. entscheidend für eine effektive Umsetzung der Ergebnisse der Maßnahme. Es sollte versucht werden, diese möglichen Gründe für eine fehlende politische Unterstützung mit den entsprechenden Personen zu erläutern bzw. diese zu widerlegen.



4 Grundlegende Schritte zur Anwendung von Beteiligungsverfahren

Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen unterscheiden sich in ihrer Methodik, der teilnehmenden Akteure, der Dauer der Durchführung der Maßnahme, des zeitlichen Aufwandes für die gesamte Maßnahme, sowie in vielen weiteren Punkten. Trotz dieser Unterschiede können auf übergeordneter Ebene unterschiedliche Verfahrensschritte herausgestellt werden, die grundlegend für bei allen kooperativen Verfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit sind (Abbildung 3). Dabei erfordern Sensibilisierungsmaßnahmen in der Regel eine geringere aktive Beteiligung der Öffentlichkeit als Partizipationsmaßnahmen. Dennoch können grundlegende Verfahrensschritte identifiziert werden, die an dieser Stelle kurz vorgestellt werden sollen. Diese Verfahrensschritte können unterstützend bei der Planung und Durchführung einer Maßnahme wirken. Sie enthalten wichtige allgemeine Hinweise, die innerhalb der einzelnen Abschnitte zu einer erfolgreichen Umsetzung maßgeblich sind.

(1) Erster Verfahrensschritt: **Analyse und Auswahl**

Zu Beginn sollte sowohl das Ziel als auch die einzubeziehenden Akteure definiert bzw. ermittelt werden. Sind die beteiligten Akteure nicht von Beginn an bekannt oder die Formulierung der Zielsetzung noch nicht konkret, können an dieser Stelle Veranstaltungen, wie beispielsweise Workshops oder Open Space-Veranstaltungen (zur Erklärung siehe Maßnahmenkatalog) durchgeführt werden. Mittels eines solchen Schrittes können sowohl die Zielsetzung formuliert als auch die zu beteiligenden bzw. involvierten Akteure und Akteursgruppen festgestellt werden.

(2) Zweiter Verfahrensschritt: **Planung und Durchführung**

Die Planung der eigentlichen Maßnahme erfordert die Berücksichtigung verschiedener Planungsfaktoren. Zunächst ist die Auswahl der Teilnehmer aus den jeweiligen Akteursgruppen entscheidend. Dabei können unterschiedliche Auswahlverfahren verwendet werden. Zum einen können Los- oder Zufallsauswahlen die Vertreter der Akteursgruppen bestimmen, des Weiteren können öffentliche Aufrufe und Ansprachen an die Öffentlichkeit gerichtet werden. Jedes dieser Auswahlverfahren hat einen Einfluss auf die Zusammensetzung der Gruppe der Beteiligten und kann somit auch indirekt die Ergebnisfindung beeinträchtigen (für detaillierte Informationen vgl. u.a. Benighaus et al. 2005).

Des Weiteren ist die Erstellung eines Zeit- und Ablaufplanes von Vorteil, um die Durchführung der Maßnahme zu strukturieren und einen Überblick zu erhalten. Es ist zudem ratsam, alle Beteiligten ebenfalls über den Ablaufplan zu informieren. Aus den Erfahrungen von Beteiligungsmaßnahmen geht hervor, dass die frühzeitige Information der Beteiligten über den Zeit- und Ablaufplan das zielgerichtete Arbeiten fördert und zudem ein Zeichen von Transparenz und gegenseitigem Vertrauen darstellt.

Je nach gewählter Methode sollte in der Planungsphase zudem die Prozessbegleiter sowie der Mediator (vgl. u. a. Maßnahmenkatalog „Mediation“) benannt werden, wenn diese Personen innerhalb der gewählten Methode erforderlich sind. Ebenfalls sollte innerhalb der Planungsphase die mögliche Öffentlichkeitsarbeit geplant werden. Wenn eine Begleitung der Maßnahme durch die Presse vorgesehen ist, bieten sich eine frühzeitige Aufstellung eines Konzeptes und eine Absprache mit der ggf. zuständigen Pressestelle an.

Gegebenenfalls kann das Konzept der Öffentlichkeitsarbeit auch mit allen Beteiligten abgestimmt werden, um u. a. eine transparente Planung und Durchführung anzubieten. Allgemein sollte bei der Durchführung von Sensibilisierungs- und Partizipationsmethoden der Einfluss der Medien bedacht werden. Zum einen können die Medien zur Verbreitung und Kommunikation des aktuellen Standes der Maßnahme an die breite Öffentlichkeit dienen. Es sollte jedoch auch der starke Einfluss der Medien auf die Meinungsbildung innerhalb der breiten Öffentlichkeit beachtet werden. Teilweise kann eine frühzeitige Kooperation mit den Medien einer abwertenden Berichterstattung entgegenwirken bzw. Missverständnissen vorbeugen (Benighaus et al. 2005).

(3) Dritter Verfahrensschritt: **Umsetzung und Auswertung**

Je nach den zu Beginn definierten Zielen und deren im Ablaufplan festgelegten Aufarbeitung sollten am Ende der Maßnahme die Ergebnisse zusammengestellt und transparent dokumentiert werden. Möglicherweise ist an dieser Stelle auch das Zusammenführen einzelner Ergebnisse aus Teilgruppen nötig. Die Umsetzung bzw. der Eingang der Ergebnisse in weiterführende planerische und politische Entscheidungen ist oft längerfristig und bei dem meist vorhandenen Empfehlungscharakter der Ergebnisse nicht immer direkt möglich. An dieser Stelle kann die Benennung eines Sprechers, der die Ergebnisse weiter an die entsprechenden Stellen kommuniziert und begleitet, vorgenommen werden. Zumindest sollte eine Ansprechperson genannt werden, über die die Teilnehmer der Maßnahme den aktuellen Stand der Umsetzung erfragen können. Positive Rückmeldung und eine erfolgreiche Umsetzung von Ergebnissen der Beteiligungsmethoden haben dabei einen entscheidenden Einfluss auf die Bereitschaft der Akteure, sich erneut bzw. weiterhin in Beteiligungsverfahren zu engagieren.

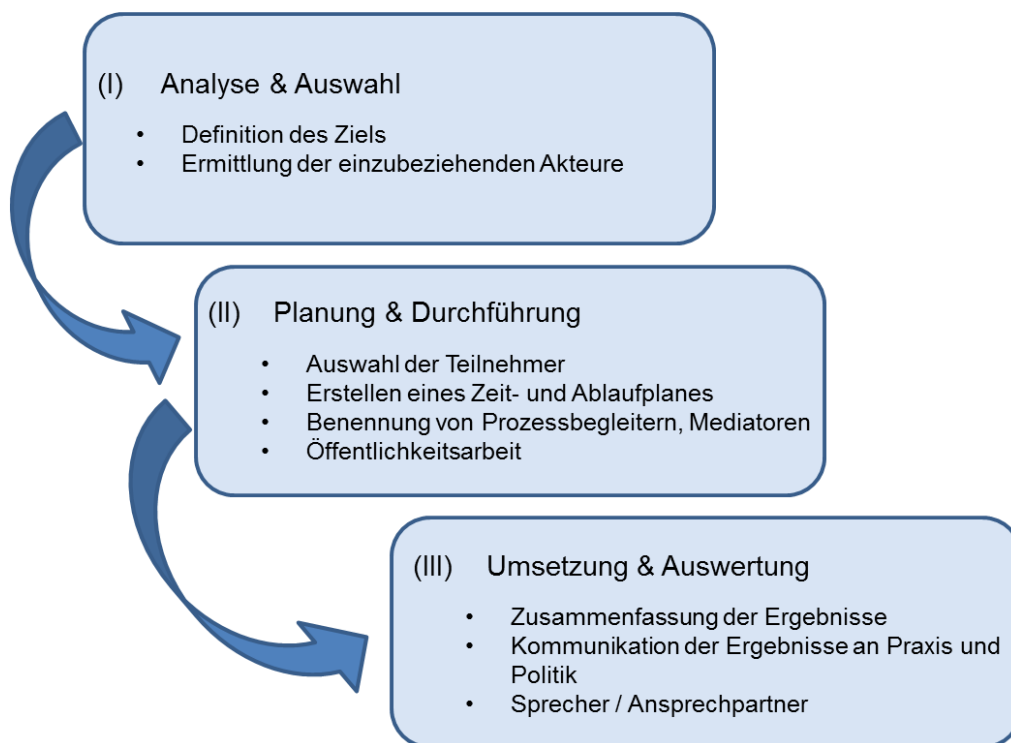


Abbildung 3: Verfahrensschritte zur Planung eines Beteiligungsverfahrens (Nach Benighaus/ Kastenholz 2003 und Benighaus et al. 2005, erweitert)



5 Weiterentwicklung von Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit in Hinblick auf zukünftige Veränderungen / Klimawandel

Bei der Hochwassersensibilisierung handelt es sich um eine langfristige Aufgabe. Es müssen mögliche zukünftige Änderungen im Hochwassergeschehen in Betracht gezogen werden und damit auch zu einer Anpassung der Sensibilisierungsarbeit sowie der Schutzmaßnahmen und -konzepte führen.

Aus der Online-Bürgerbefragung ging hervor, dass bereits 50% der Befragten vermuten erste Anzeichen des Klimawandels wahrzunehmen und dies ein wichtig zu kommunizierendes Thema ist. Die Mehrheit der Befragten aus der Online-Bürgerbefragung (60%) sieht bereits einen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Hochwasserrisiko in der eigenen Region, wenn auch überwiegend nur einen geringen (39%) (siehe Abbildung 4). Die nicht wissenschaftliche Belegung dieses Trends sollte bei der Kommunikation beider Themen berücksichtigt werden.

Diese Einschätzung der Befragten (siehe Abbildung 4) bildet bereits eine gute Grundlage für die Akzeptanz wasserwirtschaftliche Projekte, die auch Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigen. Die Auswirkungen von Klimaänderungen auf die Umwelt sind jedoch in vielen Fällen heute für die Bevölkerung noch nicht spürbar. Es ist daher umso wichtiger die Bürger über die möglichen Folgen des Klimawandels zu informieren.

Da es sich bei Themen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und dessen Auswirkungen um sehr komplexe wissenschaftliche Themen handelt, muss vor allen Dingen auf eine verständliche Kommunikation der entsprechenden Inhalte geachtet werden. Die Wahrnehmung des Klimawandels wird zum größten Teil durch die Medien in Form von Internet, Fernsehen, Radio beeinflusst. Die „modernen“ Medien (Internet, TV, etc.) sind die gewünschten Informationsdienste der befragten Bürger.

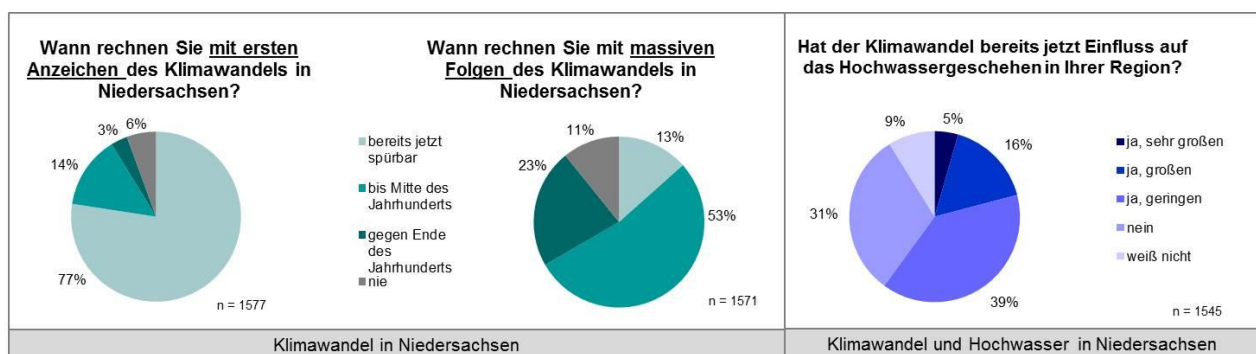


Abbildung 4: Ergebnisse der „Online-Umfrage“ zur Wahrnehmung erster Anzeichen eines Klimawandels (NLWKN, 2012)

5. 1 Klimafolgenforschung in Niedersachsen: Projekte KLIFF/ KLIFWA

Erkenntnisse über die regionale Auswirkung des Klimawandels in Niedersachsen werden unter anderem im Forschungsverbund KLIFF (Klimafolgenforschung in Niedersachsen) untersucht. Innerhalb dieses, durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur geförderten Forschungsverbundes, untersucht das Forschungsprojekt KLIFWA in einem Verband aus Universitäten (Braunschweig, Hannover, Göttingen), Vertreter der wasserwirtschaftlichen Praxis (Harzwasserwerke, Ingenieurbüro) und der wasserwirtschaftlichen Fachbehörde (NLWKN) die „Auswirkungen von Klimaänderungen auf Wasserdarangebot, Hochwasserrisiko und Gewässerbelastung“ in Niedersachsen. Im Rahmen des Projektes wurden die Befragungen durchgeführt und dieser Maßnahmenkatalog entwickelt. Weiterhin wird basierend auf den Befragungsergebnissen ein Informations- und Kommunikationsangebot für einen Internetauftritt entwickelt.



Abbildung 5: Logo des Forschungsprojektes KLIFF – „Klimafolgenforschung in Niedersachsen“

Weitere Informationen zu den Projekten KLIFF und KLIFWA sind zu finden unter:

www.kliff-niedersachsen.de

www.iww.uni-hannover.de/KLIFWA

www.nlwkn.niedersachsen.de – Wasserwirtschaft – Sonderthemen & Projekte - Klimawandel – Projekt KLIFWA

6 Information und Beteiligung in verschiedenen Stufen

Der Arbeitsaufwand von Sensibilisierungs- und Partizipationsmethoden kann für die unterschiedlichen Akteure stark variieren. Grundsätzlich können die hier vorgestellten Maßnahmen in die drei Bereiche **Information, Konsultation und Mitbestimmung** unterteilt werden (siehe Abbildung 6). Dabei stehen im Bereich der Information die Sensibilisierung und Vermittlung von grundlegenden Informationen zu einem Themenbereich im Vordergrund. Der Bürger kann bei diesen Maßnahmen relativ passiv agieren. Innerhalb der Stufe der Konsultation nimmt das Maß der Aktivität bzw. der Beteiligung der Bürger innerhalb der Maßnahmen bereits zu. Innerhalb der Maßnahmen der Mitbestimmung ist zumeist eine intensive Beteiligung der Bürger gefordert.

Darüber hinaus werden in den unterschiedlichen Beteiligungskategorien **formale** und **informale** Verfahren unterschieden. Der Unterschied zwischen diesen beiden liegt in der gesetzlichen Grundlage: formale Verfahren werden gesetzlich innerhalb eines bestimmten Projektablaufes gefordert (beispielsweise in der strategischen Umweltprüfung –SUP) und sind verpflichtend durchzuführen. Die Ergebnisse dieser formalen Verfahren müssen in der ebenfalls gesetzlich definierten Form Eingang in den Projektablauf finden. Dies findet meist in Form einer behördlichen (z. B. Bescheid) oder politischen (z. B. Gemeinderatsbeschluss) Entscheidung statt. Demgegenüber sind informale Verfahren solche, die nicht durch gesetzliche Vorgaben gefordert werden und je nach gegebenem Anlass unterschiedlich gestaltet werden können. Informale Verfahren beruhen auf freiwilliger Durchführung und werden zumeist der Wahl der Methode und des Umfanges durch die Verantwortlichen oder die Projektbeteiligten

zu Beginn festgelegt. Die Teilnahme an diesem informalen Verfahren erfolgt ebenfalls freiwillig. Die Verbindlichkeit der erarbeiteten Ergebnisse hängt dabei zumeist von den vorher getroffenen Vereinbarungen ab – die Ergebnisse haben grundsätzlich keinen gesetzlichen Anspruch auf Aufnahme in den Projektablauf. Zumeist haben die Ergebnisse der informalen Verfahren einen beratenden, empfehlenden Charakter und unterstützen so die Entscheidungs- und Lösungsfindung innerhalb der laufenden Projektentscheidungen (BMVIT 2008).

Es ist jedoch grundsätzlich zu beachten, dass die Information der Bürger die Basis für weiterführende Partizipationsmethoden darstellt. Innerhalb vieler Beteiligungsprozesse findet dabei häufig eine Kombination aus Informations- und Beteiligungsmaßnahmen statt, wodurch ein fließender Übergang zwischen beiden Bereichen stattfindet (Klöckner & Köhn 2002).

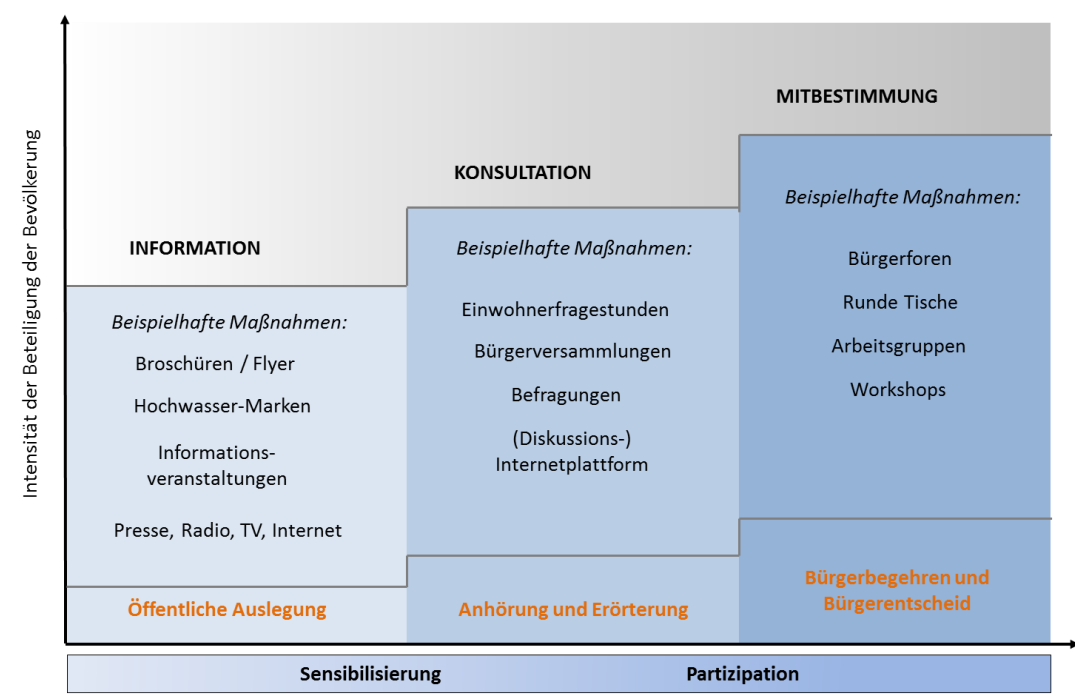


Abbildung 6: Überblick über Informations- und Beteiligungsmethoden in Abhängigkeit von der Intensität der Beteiligung der Bevölkerung (Beispielhafte Maßnahmen: schwarz, nicht fett = informale Methode; orange = formale Methode)

Beschreibung der Verfahren

Informationsverfahren:

- Bereitstellung von Informationen über ein Vorhaben und seine Auswirkungen für die breite Öffentlichkeit zu einem bestimmten Thema
- dient vor allen Dingen der Schaffung von Problembewusstsein (Sensibilisierung) zu einem Thema, Problem, Konflikt etc.

Konsultationsverfahren:

- Bauen auf den Informationsprozessen auf
- Betroffene können in diesem Prozess Rückmeldung zu Vorschlägen, Plänen und Entscheidungen geben, die bei Entscheidungen berücksichtigt werden.



Mitbestimmungsverfahren:

- **Beteiligungsverfahren, die eine aktive Teilnahme und das persönliche Einbringen in das Beteiligungsverfahren erfordert**
- **dabei besteht die Möglichkeit der aktiven Mitbestimmung bei der Entwicklung und Ausführung eines Vorhabens.**

Formale Verfahren:

- **gesetzlich vorgeschrieben Beteiligungsverfahren, die verpflichtend durchzuführen sind.**
- **Die Verwertung der Ergebnisse ist ebenfalls gesetzlich geregelt.**

Informale Verfahren:

- **basiert auf Freiwilligkeit und dem Prinzip der gemeinsamen Aufgabenbearbeitung**
- **Ergebnisse haben meist einen empfehlenden Charakter**

7 Vorstellung von Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen

Die durch eine umfangreiche Recherche ermittelten potentiellen Maßnahmen für Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen, die in der binnenwasserwirtschaftlichen Praxis Anwendung finden können, werden in den folgenden Tabellen aufgeführt. Die Einteilung der Maßnahmen in Sensibilisierungs-, Partizipationsmaßnahme oder Förderung der Kommunikation und die Einschätzung des Arbeitsaufwandes, ist individuell zu prüfen. Die Einschätzungen vom NLWKN dienen lediglich als Hilfestellung.

7.1 Übersicht aller vorgestellten Maßnahmen zur Information

Maßnahmen zur Information	Sensibilisierungsmaßnahme	Partizipationsmaßnahme	Förderung der Kommunikation	Arbeitsaufwand für zuständigen Akteur	Aufwand für Bevölkerung
Ausstellungen	x		x	hoch	mittel
- Poster Ausstellungen	x		x	hoch	mittel
- Wanderausstellung	x		x	hoch	mittel
Bürgerjournalismus	x		x	niedrig	hoch
Einbindung in Schulunterricht /Schulprojekte	x	x		hoch	mittel (Schüler)





Maßnahmen zur Information	Sensibilisierungs- maßnahme	Partizipations- maßnahme	Förderung der Kommunikation	Arbeitsaufwand für zuständigen Akteur	Aufwand für Bevöl- kerung
Exkursionen	x		x	hoch	mittel
Handlungsempfehlungen (für die Bevölkerung)	x	x	x	hoch	mittel
Hauswurfsendungen Betroffener	x			mittel	gering
Hochwasser-Abwehr-Übung	x			mittel	-
Hochwassermarken	x			mittel	mittel
Informationsbroschüren / Flyer	x		x	mittel	niedrig
Informationsveranstaltungen	x	x	x	hoch	mittel
Internetportal	x		x	hoch	niedrig
- NLWKN-Website (Fachbehörde)	x		x	mittel	niedrig
- Wissenschaftliche Foren/ Diskussionsplattformen	x		x	hoch	mittel
Medien	x		x		
- Internet	x		x	mittel	niedrig
- Presse	x		x	niedrig	niedrig
- Radio / Rundfunk	x		x	mittel	niedrig
- TV	x		x	hoch	niedrig
Newsletter	x		x	mittel	niedrig
Pressehintergrundpapiere	x		x	mittel	mittel
Publikationen	x			mittel (Autor)	niedrig
- Wissenschaftliche Publikationen	x			mittel (Autor)	niedrig
- Hochwasserfibel	x		x	mittel	niedrig





7.2 Übersicht aller vorgestellten Maßnahmen zur Konsultation

Maßnahmen zur Konsultation	Sensibilisierungs- maßnahme	Partizipations- maßnahme	Förderung der Kommunikation	Arbeitsaufwand für zuständigen Akteur	Aufwand für Bevöl- kerung
Befragungen			x	hoch	mittel
- Internetgestützt (z.B. zu Planungsvorhaben)		(x)	x	hoch	mittel
- Aktivierende Befragung	x	x	x	hoch	mittel
Bürgerforum	x	x	x	mittel	hoch
Bürgerbeauftragter	x	x	x	niedrig	mittel hoch (Beauftragter)
Bürgerversammlung	x		x	mittel	mittel
Einwohnerfragestunde		x	x	niedrig	mittel
Experteninterviews			x	hoch	-
- Medieninterviews mit Experten	x			hoch	niedrig
Mediation		x	x	mittel hoch (Mediator)	mittel
Zentrale Informationsstelle / Stelle für Anfragen aus der Bevölkerung		x	x	hoch	mittel



7.3 Übersicht aller vorgestellten Maßnahmen zur Mitbestimmung

Maßnahmen zur Mitbestimmung	Sensibilisierungs- maßnahme	Partizipations- maßnahme	Förderung der Kommunikation	Arbeitsaufwand für zuständigen Akteur	Aufwand für Bevöl- kerung
Arbeitsgruppen / Arbeitskreise		x	x	mittel (Beteili- gung) hoch (Organi- sation / Leitung)	hoch
Beiräte		x	x	mittel	mittel
Bürgerbegehren (Volksbegehren)		x	x	niedrig	niedrig hoch (Organi- sation)
Interessensvertretung durch Bürger- initiativen	x	x		gering (Kom- mune)	hoch
Petitionen	x	x		mittel	niedrig hoch (Organi- sation)
Runder Tisch		x	x	hoch	mittel
Workshop	x	x	x	hoch	hoch
Zukunftskonferenz		x		hoch	hoch
Zukunftswerkstatt		x		hoch	hoch



7.4 Übersicht der aufgeführten Maßnahmen über die vorgeschriebenen (informalen) Planungsinstrumente der Verwaltung

Maßnahmen über die vorgeschriebenen (informalen) Planungsinstrumente der Verwaltung	Sensibilisierungsmaßnahme	Partizipationsmaßnahme	Förderung der Kommunikation	Arbeitsaufwand für zuständigen Akteur	Aufwand für Bevölkerung
Planfeststellung		x	x	hoch	mittel
Erörterungstermin		x	x	hoch	mittel
öffentliche Auslegung von Plänen	x	x		mittel	mittel
Strategische Umweltprüfung (SUP)		x	x	hoch	mittel
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)		x	x	hoch	mittel

7.5.1 Maßnahmenbeschreibung zur Information

Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Ausstellungen <ul style="list-style-type: none"> Präsentation als Text und Plakat, Ton- und Filmaufnahmen Gegenständen/ Ausstellungsstücken etc. Alleinige Ausstellung oder als Begleitung einer Veranstaltung Wiederverwendbarkeit der Ausstellungsstücke erhöht die Effektivität im Gegensatz zur teilweise teuren und zeitintensiven Planung und Entwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> Kleinere Ausstellungen ggf. in öffentliche Einrichtungen (z.B. Foyer von Behörden, Ämtern) integrieren, um „Laufpublikum“ anzusprechen Interesse in der Bevölkerung muss vorhanden sein oder durch gezielte Werbung geweckt werden 	●●●	●●
Poster Ausstellungen: <ul style="list-style-type: none"> Präsentation auf verschiedenen Postern Darstellung von Textabschnitten Abbildungen und Karten 	<ul style="list-style-type: none"> Layout beachten: Abbildungen sind wichtiges Layout-Element und sollten vermehrt eingesetzt werden Text grundsätzlich kurz und gut lesbar halten 	●●●	●●



Wanderausstellung:			
<ul style="list-style-type: none"> • Ausstellung nicht ortsgebunden • mehrere Standorten möglich; ggf. können mehr Interessierte Besucher erreicht werden; die Effektivität Ausstellung erhöht sich • Themen müssen verständlich aufbereitet werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuung (Vermittlung und Begleitung) der Ausstellung muss gewährleistet sein • Informationsmaterial sollte dem mehrfachen Auf- und Abbau standhalten • gut geeignet sind z.B. Poster / Tafeln auf Stellwänden / Praxisgegenstände 	● ● ●	● ●

Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Bürgerjournalismus			
<ul style="list-style-type: none"> • auch Graswurzel-Journalismus • Bereitstellen von unabhängigen Informationen durch den Bürger durch Nutzung eigener Medien • verbreitet auch neue Medien wie z. B. Weblogs im Internet 	<ul style="list-style-type: none"> • Gefestigtes Fachwissen notwendig, um seriöse Informationen bereitzustellen • Fachbehörde sollte ggf. einbezogen werden 	●	● ● ●

Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Einbindung in Schulunterricht /Schulprojekte			
<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung von Unterrichtseinheiten und Projektarbeiten mit Schülern unterschiedlicher Schulstufen und Jahrgänge; ggf. können Experten (z.B. aus Fachbehörden) eingeladen und in die Einheiten / Projekte integriert werden; • Sensibilisierung im frühen Alter wird von vielen Experten gefordert; Schüler wirken hier als Multiplikator des Erlernten in den Familien- und Freundeskreis 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtsmaterial muss zunächst entworfen bzw. zur Verfügung gestellt werden, da es aktuell nicht in Lehrplänen berücksichtigt wird • ggf. kann eine Integration in den Unterrichtsplan/Lehrplan erfolgen 	● ● ●	● ●





Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Exkursionen			
<ul style="list-style-type: none"> • Ortsbegehungen unter fachkundiger Führung • Möglichkeit der anschaulichen Informationsvermittlung vor Ort bzw. von ähnlichen Projekten (ggf. Diskussion mit Betroffenen) • Hilfreich für die Vermittlung von Ideen, Handlungsmöglichkeiten werden anschaulich vermittelt • Problemstellungen können direkt aufgezeigt und diskutiert werden • Regionaler Bezug fördert Betroffenheit 	<ul style="list-style-type: none"> • Exkursionsleiter kann sowohl von Kommunen / Fachbehörden als auch von Verbänden/Organisationen (z.B. Deichverband) gestellt werden • wichtig für die Exkursionsleitung ist fundiertes Fachwissen (Rückfragen und Diskussion von/mit den Teilnehmern) • Ankündigungen über lokale Presse etc. / Werbung ist nötig, um die Bevölkerung zu informieren • häufig liegt ein gesteigertes Interesse am Thema bei den Teilnehmern vor 	● ● ●	● ●

Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Handlungsempfehlungen (für die Bevölkerung)			
<ul style="list-style-type: none"> • Zumeist in schriftlicher Form ausgegeben (gedruckt und digital) • meist ausgegeben von zuständigen Fachbehörden • Broschüren enthalten Hinweise auf Handlungsoptionen und Maßnahmen, die durch die Bevölkerung angewendet / durchgeführt werden können • Beispiel in der Wasserwirtschaft ist die Eigenvorsorge gegenüber Hochwassergefahren 	<ul style="list-style-type: none"> • Muss leicht verständliche, klare Beschreibungen/ Erläuterungen enthalten • Bekanntheit der Broschüre kann durch Auslegen an Informationsstellen etc. und „Werbung“ (ggf. Mund-zu-Mund-Propaganda) gesteigert werden 	● ● ●	● ●
<p>Weiterführende Informationen: <i>Beispielsweise Hochwasserschutzfibeln (http://www.elementar-versichern.bayern.de/Hochwasserschutzfibel.pdf, 2,73 MB) oder des Landes, z.B. Bayern (http://www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/sicherheit/katastrophen_zivilschutz/checkliste_hochwasser.pdf) mit einer Checkliste für den Notfall</i></p>			





Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Hauswurfsendungen Betroffener			
<ul style="list-style-type: none">• Verteilung unadressierter Informationsmittel (Flyer, Prospekte, Informationsblätter) in schriftlicher Form an alle betroffenen Haushalte• Hinweise auf Handlungsoptionen und Maßnahmen, die durch die Bevölkerung angewendet / durchgeführt werden können	<ul style="list-style-type: none">• Muss leicht verständliche, klare Beschreibungen/ Erläuterungen enthalten• Zustellung über kommerzielle Verteiler oder freiwillige Helfer einer Interessengruppe nach Wohnquartier oder PLZ-Gebiet möglich	••	•

Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Hochwasser-Abwehr-Übung			
<ul style="list-style-type: none">• Die Erfahrung mit dem Umgang und der verbundenen Gefahrenabwehr bei einem Hochwasser verblasst mit zunehmender, ereignisloser Zeit.• Praktische Übungen aller im Ernstfall beteiligten Akteure (Feuerwehr, THW, Freiwillige Feuerwehren etc.) schulen die Abläufe und verbessern die Kommunikation und Zusammenarbeit• Durchführung sollte über die kommunalen Grenzen hinweg stattfinden, um auf den Ernstfall bestmöglich vorbereitet zu sein	<ul style="list-style-type: none">• Gemeindeübergreifende Übungen sind wichtig, um den Ernstfall so gut wie möglich nachzubilden und eine effiziente Vorbereitung zu erreichen, sie sind ein wichtiger Teil der Vorsorge• Übungen erhöhen zudem den Austausch und die Kooperationsbereitschaft zwischen Nachbargemeinden, die im Ernstfall von hoher Bedeutung ist• kombinierte Übung mit Akteuren und Bevölkerung ebenfalls denkbar, Umsetzung jedoch möglicherweise schwierig, dient eher zur Sensibilisierung/Information der Bevölkerung	•••	-





Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Hochwassermarken			
<ul style="list-style-type: none"> • Kennzeichnungen von Hochwasser- Scheitelwasserstände an Bauwerken oder Festgestein • Im Binnenland extreme Scheitelwasserstände, die bei Sturzfluten, Überschwemmungen aufgrund von Starkniederschlägen sowie bei Flussüberschwemmungen erreicht wurden • Maßnahme zur Sensibilisierung • aufwendig gestaltete und exponiert liegende Hochwassermarken erregen die Aufmerksamkeit und führen dem Betrachter die möglichen Überschwemmungs-gefahren direkt am Ort vor Augen 	<ul style="list-style-type: none"> • Einbindung verschiedener Hochwassermarken in eine Infotour oder in thematisch passende Exkursionen möglich 	●●	●●
<p>Weiterführende Informationen: Hochwassermarken Thüringen, http://www.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1062.pdf (Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz 2009)</p>			

Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Informationsbroschüren / Flyer			
<ul style="list-style-type: none"> • Aufbereitung von Informationen zu bestimmten Themen / Projekten / Konflikten • Darstellung in Wort und Bild, wobei sich der Inhalt von kurzen Darstellungen (Flyer, Postwurfsendungen) bis hin zu umfangreicher Darstellung und ggf. Hintergrundinformationen (z.B. Infobroschüre) unterscheiden kann • Grundsätzlich unterschiedliche Medien (Papier, digital) möglich • können die breite Öffentlichkeit erreichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Auslage an geeigneten Stellen und der Hinweis auf das Informationsmaterial ist entscheidend für deren Verbreitung • ggf. an geeigneter Stelle das Informationsmaterial bewerben • Hinweise zu Layout und Aufbereitung der Inhalte beachten • Adresse für Rückfragen sollte genannt sein 	●●	●
<p>Weiterführende Informationen: Franck 2012. Praxiswissen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (überwiegend zur Formulierung und textlichem Aufbau)</p>			





Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Informationsveranstaltungen <ul style="list-style-type: none"> • Veranstaltung zur Information der Bevölkerung bzw. ausgewählter Vertreter (Stakeholder) • mögliche Formen sind Vorträge und Diskussionen, ggf. in Kombination mit einer Ausstellung • Betreuung (und ggf. Vorträge) sind vom Fachpersonal zu leisten 	<ul style="list-style-type: none"> • Interesse muss bei den Angesprochenen Akteuren für die Teilnahme vorhanden sein • Werbung für die Veranstaltung ist wichtig (lokale Presse) • Themen müssen verständlich aufbereitet und vorgestellt werden 	●●●	●●

Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Internetportal <ul style="list-style-type: none"> • Information der breiten Öffentlichkeit • hohe Erreichbarkeit in der Bevölkerung allerdings nicht für alle (v.a. ältere Menschen haben/nutzen ggf. kein Internet) 	<ul style="list-style-type: none"> • Internet ein verstärkt gewünschter Informationskanal • Pflege von Seiten der Behörde aufwendig muss aber gewährleistet sein vorgestellt werden 	●●●	●
Fachbehörden- Website: <ul style="list-style-type: none"> • Vermittelt Spektrum von Themen der jeweiligen Behörde • ggf. auch vertiefende Informationen und Kontaktmöglichkeiten zu bestimmten Aufgabebereichen 	<ul style="list-style-type: none"> • z.T. größer als eigenständige Internetportale • bieten eine erleichterte Implementierung durch vorhandene Struktur 	●●	●
Diskussionsplattformen / Foren: <ul style="list-style-type: none"> • Internetportal zur Durchführung von inhaltlichen Diskussionen • mögliche Variante sind moderierte Foren, innerhalb derer Fragen der Öffentlichkeit von Fachleuten für alle lesbar beantwortet werden • Zugang kann öffentlich/frei oder anmeldepflichtig gestaltet werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Fachliche Tiefe / Details hängt von der Beteiligung der Fachleute und der Bevölkerung ab • Möglichkeit zur Erkundung der aktuellen öffentlichen Meinung 	●●●	●●





Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Medien			
<ul style="list-style-type: none"> • Massenmedien sind zur breiten Information der Bevölkerung geeignet • Presse- und Medienarbeit sowie der Einbezug von regionalen und lokalen Medien sollte für Maßnahmen im Vorfeld geplant werden, vor allem, da die Medien einen starken Einfluss auf die Meinungsbildung über eine Maßnahme/Projekt/Thema ausüben können. • Dabei sollte die Wahl der verwendeten Medien in Abstimmung auf die anzusprechende Zielgruppe erfolgen eigene Beiträge variieren hier in Arbeitsaufwand und Kosten je nach Medium 			
Internet:			
<ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmen schließen Informationsportale, Diskussionsforen, Online-Artikel etc. mit ein • Bereitstellung von Informationen zum download hilfreich 	<ul style="list-style-type: none"> • Wird als Medium weiter an Bedeutung zunehmen • zu beachten ist, dass neben den flexiblen Nutzerzeiten nicht alle in der Bevölkerung einen Internetzugang zur Verfügung haben 	●●	●
Presse:			
<ul style="list-style-type: none"> • Artikel, Veröffentlichungen, Beiträge in Tageszeitungen, Zeitschriften (u.a. Fachzeitschriften), Sonderbeilagen etc. 	<ul style="list-style-type: none"> • Zuspruch für diese Medien aus der Bevölkerung ist immer noch sehr hoch • für eigenen Beitrag sollte ggf. Presseabteilung / Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit einbezogen werden (Fachleute) 	●	●
Weiterführende Informationen: Franck 2012. Praxiswissen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (überwiegend zur Formulierung und textlichem Aufbau)			
Radio/Rundfunk:			
<ul style="list-style-type: none"> • Beiträge in regionalen und lokalen Radiosendungen, Informationssendungen • Themenbezogene Interviews etc. 	<ul style="list-style-type: none"> • Zuspruch für diese Medien aus der Bevölkerung ist immer noch sehr hoch • für eigenen Beitrag wird ggf. ein Fachmann benötigt 	●●	●
TV:			
<ul style="list-style-type: none"> • Beiträge in unterschiedlichen Sendeformaten, in nationalen, regionalen sowie lokalen Sendern • u.a. Interviews mit Experten, Berichte über anstehende Projekte (inklusive Hintergrundinformationen) etc. 	<ul style="list-style-type: none"> • Wird als Medium weiter an Bedeutung zunehmen • selbstgefertigte Beiträge meist kostspielig und zeitaufwendig • häufig wird ein Fachmann benötigt 	●●●	●





Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Newsletter			
<ul style="list-style-type: none">• Meist elektronisch erscheinendes Rundschreiben• erscheint regelmäßig und enthält eine Zusammenstellung kurzer Beiträge zu aktuellen Themen• Vorgängen, Neuerungen zu einen speziellen Thema des Newsletters etc.• Zumeist Anmeldung für die Zustellung erforderlich	<ul style="list-style-type: none">• Kontinuierliche Bearbeitung notwendig• Aufwand unterschiedlich je nach Häufigkeit des Erscheinens Umfang und redaktioneller Arbeit• Über Internet haben nicht alle Bürger die Möglichkeit zum Bezug des Newsletters• in gedruckter Form steigen die Kosten• die Anmeldung zu einem Newsletter setzt meist ein bereits gesteigertes Interesse am Thema des Newsletters voraus	●●	●

Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Pressehintergrundpapiere			
<ul style="list-style-type: none">• Aufbereitung vertiefender fachlicher Inhalte bzw. Erläuterung zu einer spezifischen Fragestellung	<ul style="list-style-type: none">• Zumeist muss erhöhtes Interesse am Thema beim Empfänger (Fachleute und Bevölkerung) vorhanden sein	●●	●●





Maßnahmenbeschreibung Information	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Publikationen <ul style="list-style-type: none"> • Veröffentlichungen eines oder mehrerer Autoren zu einer speziellen (zumeist wissenschaftlichen) Fragestellung / Thematik 	<ul style="list-style-type: none"> • Publikationen sollte in Ausdrucksweise und inhaltlichem Umfang an die Zielgruppe angepasst werden 	●●	●
Wissenschaftliche Publikationen: <ul style="list-style-type: none"> • Veröffentlichungen von Forschungsergebnissen, wissenschaftlichen Analysen etc. • Autoren haben zumeist wissenschaftlichen Hintergrund 	<ul style="list-style-type: none"> • Fachspezifische Ausdrücke und nötiges Grundwissen zum Verständnis der Inhalte sind Voraussetzung und können Zuspruch aus der Bevölkerung schmälern 	- Kommune ●● Autor	●
Hochwasserfibel: <ul style="list-style-type: none"> • Beschreibt Möglichkeiten des vorbeugenden Hochwasserschutzes für Gebäude und Freiflächen • Hauptadressat sind Haus- und Grundbesitzer aber auch Akteure bei der Neuplanung (Bauingenieure, Architekten, Bauträger etc.) werden angesprochen 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuell ist bereits eine Fibel des Bundesministerium für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung sowie verschiedenen Bundesländern erhältlich 	●●	●
Weiterführende Informationen: Bundesministerium für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung (http://www.elementar-versichern.bayern.de/Hochwasserschutzfibel.pdf)			

7.5.2 Maßnahmenbeschreibung der Konsultation

Maßnahmenbeschreibung Konsultation	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Befragungen <ul style="list-style-type: none"> • Repräsentative Auswahl der Grundgesamtheit wird mündlich oder schriftlich befragt • Ergebnis dient zur Ermittlung eines Meinungsbildes • Möglichkeit des offenen (arbeitsintensiver) und des geschlossenen Fragebogens (kürzer, oft höhere Quantität) 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktueller Meinungsstand kann erfasst werden • Sensibilisierung erfolgt an dieser Stelle nicht direkt (ggf. ist der Befragte nach der Durchführung angeregt sich weiter zu informieren) 	●●●	●●
Internetgestützte Befragung: <ul style="list-style-type: none"> • (z.B. zu Planungsvorhaben) Repräsentative Auswahl der Grundgesamtheit stellt ein Meinungsbild in der Bevölkerung dar • Teilnehmer wählen sich selbst aus (Teilnahme wird daher durch Interesse am Thema gesteuert) 	<ul style="list-style-type: none"> • Durch die Selbstausswahl der Teilnehmer ist die Umfrage möglicherweise nicht repräsentativ • Durchführbarkeit rund um die Uhr (während der Befragungslaufzeit) erhöht die Erreichbarkeit vieler Bürger 	●●●	●●





Aktivierende Befragungen: <ul style="list-style-type: none"> Besondere Form des Einzelgespräches, in dem das Vorhaben kurz vorgestellt wird und der Gesprächspartner zur Beteiligung motiviert werden soll; verwendet wird meist ein Interviewleitfaden 	<ul style="list-style-type: none"> Durchführung ist besonders zu Beginn eines Sensibilisierungs- oder Partizipationsprozesses sinnvoll, um potentielle Teilnehmer zu aktivieren da meist nur eine begrenzte Zahl an Befragungen möglich ist, sollte die Wahl der Befragten genau bedacht werden 	● ● ●	● ●
Weiterführende Informationen: Ley & Weitz (2003): <i>Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch</i>			

Maßnahmenbeschreibung Konsultation	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Bürgerforum			
<ul style="list-style-type: none"> Kommissionen aus ca. 20-25 Mitgliedern (gewählt nach Zufallsprinzip, Teilnahme freiwillig) erarbeiten Entscheidungshilfen zu spezifischen Sachfragen dazu werden die Teilnehmer vor Beginn des Bürgerforums mit nötigen Informationen durch Sachverständige beliefert Ergebnisse werden durch neutralen Durchführungsträger in Bürgergutachten zusammengestellt 	<ul style="list-style-type: none"> Zeitungsumfang über mehrere Tage, möglicherweise sehr hoch für Beteiligte da die Durchführung neutral stattfinden muss, fungieren Akteure aus den (Fach)behörden und den Kommunen eher als Auftraggeber ohne direkte fachliche Mitarbeit 	● ●	● ● ●
Weiterführende Informationen: Renn, Ortwin in: Teufel, Erwin (2001): <i>Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft</i>			

Maßnahmenbeschreibung Konsultation	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Bürgerbeauftragter			
<ul style="list-style-type: none"> Unparteiische Schiedspersonen, die in Konfliktlösungen eingeschaltet werden; Sie unterstützen Bürger bei der Lösung von Konflikten u.a. mit der Verwaltung, betreuen Bürgerpetitionen etc. 	<ul style="list-style-type: none"> Der Arbeitsaufwand für den Beauftragten ist sehr hoch; konkreter Ansprechpartner in der und für die Bevölkerung kann Arbeit bzw. Kommunikation für beide Seiten erleichtern 	● Kommune	● ● ● ● ● Beauftragter





Maßnahmenbeschreibung Konsultation	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Bürgerversammlung			
<ul style="list-style-type: none"> • Versammlung von Bürgern, zumeist auf kommunaler Ebene • kann sowohl politisch verordnet stattfinden als auch von den Bürgern selbst oder Akteuren organisiert werden • bietet die Möglichkeit, Interessierte und Betroffene über ein Vorhaben zu informieren und die Aspekte des Vorhabens öffentlich zu erörtern • Teilnehmer können sein: BürgerInnen, Vertreter von Interessengruppen, Politik und Verwaltung, sowie Fachexperten 	<ul style="list-style-type: none"> • Bietet einen relativ freien Diskussionsrahmen • bei Ausrichtung / Beteiligung durch die Kommune entsteht dort Arbeitsaufwand • Bürgerversammlungen können themenübergreifend (bspw. jährlich) oder zu spezifischen Themen einberufen werden 	●●	●●

Maßnahmenbeschreibung Konsultation	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Einwohnerfragestunde			
<ul style="list-style-type: none"> • Bürger können sich mit Fragen (an Politik oder Verwaltung) aktiv an den Ratssitzungen bzw. an den Sitzungen der Bezirksvertretung beteiligen • Fragen müssen fristgerecht vorher eingereicht werden • rechtliche Grundlage befinden sich in den Geschäftsordnungen der Städte und Gemeinden • Einwohnerfragestunden finden regelmäßig oder bei Bedarf statt 	<ul style="list-style-type: none"> • Setzt bereits Interesse und meist vertiefende Kenntnisse voraus • es sollte die Möglichkeit gegeben werden, die Ergebnisse / Antworten der gesamten Öffentlichkeit mitzuteilen 	●	●●

Maßnahmenbeschreibung Konsultation	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Experteninterviews			
<ul style="list-style-type: none"> • Ermittlung eines Meinungsbildes durch Befragung einer Stichprobe aus der Gesamtheit der fachlichen Experten (Untersuchungsgruppe muss definiert werden) • zumeist mündlich durchgeführt • hauptsächlich offene Fragestellungen 	<ul style="list-style-type: none"> • In Bezug auf Sensibilisierung der Bevölkerung können Experteninterviews zur Ermittlung / Einschätzung des aktuellen Ist-Zustandes (aus sich der Fachleute) genutzt werden • keine direkte Information oder Beteiligung der Bürger durch diese Methode 	●●●	-





Medieninterviews mit Experten: <ul style="list-style-type: none"> • Aufzeichnung einzelner Experteninterviews für die Ausstrahlung im TV und / oder Radio 	<ul style="list-style-type: none"> • TV ist stark nachgefragter Informationskanal in der Bevölkerung • Aufzeichnung und Ausstrahlung bedarf einer Kooperation mit Fachpersonal (TV / Radio) • Auftrag und Betreuung kann durch Kommune erfolgen 	● ● ● ●
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------

Maßnahmenbeschreibung Konsultation	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Mediation <ul style="list-style-type: none"> • Verfahren zur konstruktiven Beilegung eines bestehenden Konflikts • Vermittlung erfolgt durch einen unparteiischen Dritten (Mediator); die Teilnehmer entwickeln selbst Problemlösungen, der Mediator ist lediglich zur Vermittlung anwesend 	<ul style="list-style-type: none"> • Verfahren der Mediation kommt erst bei einem bereits vorliegendem Konflikt zum Einsatz • trotz des vorliegenden Konfliktes muss Verhandlungs- und Einigungswille bei den Konfliktparteien vorliegen Auswahl des Mediators wichtig (Akzeptanz / Vertrauen von beiden Seiten) 	● ● ● ● ● Mediator	● ●
Weiterführende Informationen: Ley & Weitz (2003): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch			

Maßnahmenbeschreibung Konsultation	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Zentrale Informationsstelle / Stelle für Anfragen aus der Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> • Setzt bereits Interesse, Kenntnisse, direkte Nachfrage voraus • ggf. auch elektrische Kommunikation nutzbar (Telefon / Internet) • Öffnungszeiten sollten auch für Berufstätige erreichbar sein 	● ● ●	● ●



7.5.3 Maßnahmenbeschreibung der Mitbestimmung

Maßnahmenbeschreibung Mitbestimmung	Hinweise / zu beachten	Arbeits- aufwand Akteur	Arbeits- aufwand Bürger
Arbeitsgruppen / Arbeitskreise			
<ul style="list-style-type: none"> Bestehen aus ausgewählten Vertretern der Öffentlichkeit (sowohl Laien als auch Fachleute möglich), zumeist wird eine Größe von 15-20 Personen nicht überschritten Arbeitsgruppen zu spezifischen Themen diskutieren und erarbeiten Lösungsvorschläge, Planungen, Stellungnahmen, Textvorschläge etc. der Grad der Mitbestimmung von Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen kann unterschiedlich stark sein häufig finden die Sitzungen der Arbeitsgruppen / Arbeitskreise kontinuierlich statt 	<ul style="list-style-type: none"> Interesse / Kenntnis des Themas bei den Teilnehmern meist bereits vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> •• Beteiligung •••• Organisation/Leitung 	<ul style="list-style-type: none"> •••• Beteiligte

Maßnahmenbeschreibung Mitbestimmung	Hinweise / zu beachten	Arbeits- aufwand Akteur	Arbeits- aufwand Bürger
Beiräte			
<ul style="list-style-type: none"> Beiräte sind Gremien mit beratender Funktion bzw. formulieren Empfehlungen zumeist keine Entscheidungs- oder Kontrollbefugnisse dienen der Interessensvertretung zu unterschiedlichen Themen bzw. von Gruppierungen Mitglieder können benannt oder gewählt werden 	<ul style="list-style-type: none"> Beiräte dienen auch der öffentlichen Dokumentation verschiedener Vorgänge können zur Beteiligung oder Beratung bspw. in Planungsverfahren / Vorstellung von Vorhaben herangezogen werden 	<ul style="list-style-type: none"> •• 	<ul style="list-style-type: none"> ••



Maßnahmenbeschreibung Mitbestimmung	Hinweise / zu beachten	Arbeits- aufwand Akteur	Arbeits- aufwand Bürger
Bürgerbegehren (Volksbegehren)			
<ul style="list-style-type: none"> Als Instrument der direkten Demokratie stellen Bürger Antrag auf Bürgerentscheidung auf kommunaler Ebene auf Landes- / Bundesebene entspricht dies dem Volksbegehren Antrag muss eine Mindestanzahl von Unterschriften wahlberechtigter Bürger enthalten um gestellt zu werden das Bürgerbegehren ist dabei in den meisten Bundesländern die erste Stufe auf dem Weg zu einem Bürgerentscheid (zweite Stufe) 	<ul style="list-style-type: none"> Beteiligung und Abwicklung für kommunale Verwaltung in entsprechender Gesetzesgrundlage festgelegt Bürger können durch den Aufruf zu einem Volksbegehren auf die Problematik hingewiesen werden 	<ul style="list-style-type: none"> ● Kommune 	<ul style="list-style-type: none"> ●●●● Organisation
<p>Weiterführende Informationen: <i>Huber (2001): Die Vorgaben des Grundgesetzes für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide</i></p>			

Maßnahmenbeschreibung Mitbestimmung	Hinweise / zu beachten	Arbeits- aufwand Akteur	Arbeits- aufwand Bürger
Interessensvertretung durch Bürgerinitiativen			
<ul style="list-style-type: none"> Bildung einer Interessensgemeinschaft innerhalb der Bevölkerung, zumeist zu einem spezifischen Problem Bürgerinitiativen können unterschiedliche Maßnahmen ergreifen 	<ul style="list-style-type: none"> Interesse / Kenntnis des Themas bei den Teilnehmern meist bereits vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> ● Kommune 	<ul style="list-style-type: none"> ●●●●

Maßnahmenbeschreibung Mitbestimmung	Hinweise / zu beachten	Arbeits- aufwand Akteur	Arbeits- aufwand Bürger
Petitionen			
<ul style="list-style-type: none"> Eingabe eines schriftlichen Ersuchs an eine zuständige Behörde / Volksvertretung; Grundlage ist das Petitionsrecht (Art. 17 GG) 	<ul style="list-style-type: none"> Hoher Arbeitsaufwand für die Durchführenden eher für allgemeine, überregionale Anliegen geeignet, da erst ab 50.000 Unterschriften über Petition im Petitionsausschuss beraten wird 	<ul style="list-style-type: none"> ●● 	<ul style="list-style-type: none"> ● Organisation ●●●●
<p>Weiterführende Informationen: <i>Petitionsrecht: Deutsches Grundgesetz Art. 17 ; Mayntz (2007): Petitionen. Von der Bitte zum Bürgerrecht</i></p>			





Maßnahmenbeschreibung Mitbestimmung	Hinweise / zu beachten	Arbeits- aufwand Akteur	Arbeits- aufwand Bürger
Runder Tisch <ul style="list-style-type: none"> • Runde Tische sind moderierte, gleichberechtigte und protokollierte Diskussionen, die entweder problembezogen oder, ähnlich eines Beirates, dauerhaft tätig sind • es nehmen Vertreter verschiedener Institutionen und Positionen teil, ebenfalls können sich interessierte Bürger und Politiker beteiligen • Austausch, Problemerkörterung und/oder Konfliktlösungen möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • Eine kontinuierliche Durchführung eines runden Tisches erfordert einen gesteigerten Zeitaufwand für alle Beteiligten • Moderation beinhaltet eine intensive Vorbereitung 	• • •	• •
Weiterführende Informationen: Ley & Weitz (2003)			

Maßnahmenbeschreibung Mitbestimmung	Hinweise / zu beachten	Arbeits- aufwand Akteur	Arbeits- aufwand Bürger
Workshop <ul style="list-style-type: none"> • Interessenvertreter / Akteure von verschiedenen Institutionen und Positionen sowie BürgerInnen und Experten erarbeiten gemeinsam Lösungsmöglichkeiten / Entwicklungsmöglichkeiten zu definierten Themen • Diskussion und Informationsaustausch u.a. durch Vorträge, Impulsreferate, Kleingruppenarbeit, meist in moderierter Form • Veranstaltungsdauer ein- bis mehrtägig 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausrichtung sowohl zu allgemeinen oder auch speziellen Fragestellungen möglich • unterschiedliche Zielgruppen bzw. Ausrichtung des Workshops möglich (z.B. auf Austausch/ Kommunikation zwischen Entscheidungsträgern und Betroffenen ausgerichtet) • Programm sollte schon im Voraus bekannt sein, damit sich Teilnehmer auf den Ablauf/die Themen einstellen können • Planung und Ausrichtung eines Workshops erfordert einen hohen Arbeits- und Zeitaufwand; die Teilnahme erfordert ebenfalls einen hohen Aufwand 	• • •	• • •





Maßnahmenbeschreibung Mitbestimmung	Hinweise / zu beachten	Arbeits- aufwand Akteur	Arbeits- aufwand Bürger
Zukunftskonferenz <ul style="list-style-type: none">• Konferenz zur Ideensammlung und Problemlösung zu bestimmten Fragestellungen, gemeinsame Entwicklung von Zukunftsentwürfen, Zielen und Maßnahmen;• Zukunftskonferenzen werden typischerweise zur Beginn eines Prozesses oder einer Maßnahme zur Neuorientierung, und weiteren Planung durchgeführt• Teilnehmer sind alle interessierten und betroffenen Stellen• die Durchführung erfolgt in Arbeitsgruppen mit wechselnder Zusammensetzungen der Teilnehmer (Ablauf: Vergangenheit untersuchen, Realität untersuchen, Zukunftsbilder entwerfen, Ziele finden und Maßnahmen zum Erreichen entwerfen)• Dauer ggf. über mehrere Tage	<ul style="list-style-type: none">• Moderator (ggf. Co-Moderator) sind sehr wichtig und sollten über Erfahrung verfügen• Planung und Durchführung sowie die Teilnahme sind zeit- und arbeitsaufwendig	•••	•••
Weiterführende Informationen: <i>Apel et al. (1998); Ley & Weitz (2003)</i>			

Maßnahmenbeschreibung Mitbestimmung	Hinweise / zu beachten	Arbeits- aufwand Akteur	Arbeits- aufwand Bürger
Zukunftswerkstatt <ul style="list-style-type: none">• Dialogische, ergebnisoffene, demokratische Veranstaltung, die unter Einbezug eines Moderators zur Ermittlung und Entwicklung neuer Lösungen• Strategien, Ideen, Ermittlung eines Konsens über u.a. lokale Umsetzung einer wünschenswerten Zukunft führen soll• Teilnehmer sind alle Akteure und Interessierten Personen• Die Erarbeitung findet in Kleingruppen statt, allgemein gliedert sich der Ablauf zumeist in 3 Phasen: Kritikphase, Phantasiephase, Realisierungsphase• Dauer der Veranstaltung ca.1 bis 3 Tage	<ul style="list-style-type: none">• Planung und Durchführung sowie die Teilnahme sind Zeit- und Arbeitsaufwendig• die Verbindlichkeit der erzielten Ergebnisse ist gering, eine Rückmeldung bzgl. der Umsetzbarkeit der entworfenen Ideen ist hilfreich, um die Machbarkeit der Entwürfe bewerten zu können	•••	•••
Weiterführende Informationen: <i>Apel et al. (1998); Ley & Weitz (2003)</i>			



7.5.4 Maßnahmenbeschreibungen der vorgeschriebenen Planungsinstrumente der Verwaltung

Maßnahmenbeschreibung Verwaltung	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Planfeststellung <ul style="list-style-type: none"> • Bezeichnet das Verwaltungsverfahren, das bei der Umsetzung von Bauvorhaben in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (in der Wasserwirtschaft u.a. beim Deichbau, Vorhaben an den Bundeswasserstraßen) durchgeführt wird • BürgerInnen und Betroffene können Anliegen und Einwendungen gegen das Vorhaben einreichen, die im anschließenden Erörterungstermin diskutiert / abgestimmt werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Bieten Möglichkeit zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Austausch mit der Bevölkerung 	•••	••
Erörterungstermin <ul style="list-style-type: none"> • Teil des Planfeststellungsverfahrens • teilnehmen sollen Genehmigungsbehörden, Vorhabenträger, betroffene Behörden, Betroffene und weitere schriftlich Einwendende 	<ul style="list-style-type: none"> • bieten die Möglichkeit, die Zusammenarbeit und den Austausch mit der Bevölkerung, auch in Hinblick auf weitere Maßnahmen / Projekte zu verbessern 	•••	••
öffentliche Auslegung von Plänen <ul style="list-style-type: none"> • Teil des Planfeststellungsverfahrens • Betroffene haben die Möglichkeit die Pläne einzusehen und ggf. Einwende einzureichen • dabei werden weitere rechtliche Bindungen (u.a. Veränderungssperre) eingegangen 	<ul style="list-style-type: none"> • weitere Informationen / Ansprechpartner etc. sollten angeführt werden, damit eine Möglichkeit zur weiteren Information / Nachfrage besteht, um u.a. Fehlinterpretationen vorzubeugen 	••	••
Strategische Umweltprüfung (SUP) <ul style="list-style-type: none"> • Systematische Prüfverfahren zur Untersuchung der Umweltaspekte bei strategischen Planungen (u.a. Bauleitplan) und Entwurf von Programmen auf Planungsebene • ergänzt die UVP; Umweltbehörden und Öffentlichkeit sind zu beteiligen 	<ul style="list-style-type: none"> • Integrierte Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie (2003 35 EG) hat wesentlich zur Mündigkeit der Öffentlichkeit in UVP /SVP Verfahren beigetragen 	•••	••



Maßnahmenbeschreibung Verwaltung	Hinweise / zu beachten	Arbeitsaufwand Akteur	Arbeitsaufwand Bürger
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) <ul style="list-style-type: none"> • Prüft und ermittelt die Umweltauswirkungen von Projekten vor ihrer Zulassung (auf Ebene der Projektzulassung) • zu dem Ergebnisbericht können Öffentlichkeit, fachlich betroffene Behörden, Bürger und Behörden in betroffenen Nachbarstaaten Stellung nehmen • zuständige Behörde der Zulassung muss Einwände / Anliegen prüfen und bei Zulassung berücksichtigen oder begründen 	<ul style="list-style-type: none"> • Integrierte Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie (2003 35 EG) hat wesentlich zur Mündigkeit der Öffentlichkeit in UVP /SVP Verfahren beigetragen • Bereitstellung der Berichte und Ankündigung der Fristen sind ausreichend zu kommunizieren 	● ● ●	● ●

8 Praktische Hinweise zur Umsetzung von Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen

8.1 Ankündigung und Bewerbung der Maßnahmen

Das Thema Hochwasserrisiko unterliegt sowohl im öffentlichen als auch im persönlichen Interesse und Bewusstsein des einzelnen Bürgers starken Schwankungen. Unmittelbar auf ein aufgetretenes Hochwasserereignis sind sowohl die Wahrnehmung des Hochwasserrisikos, die Bereitschaft zum Handeln als auch das Bereitstellen von Sach- und Finanzleistungen hoch. Da diese Brisanz erfahrungsgemäß schnell abnimmt, sind Maßnahmen zur Stärkung der Sensibilisierung gegenüber Hochwasserrisiken in der Bevölkerung besonders wichtig, um auch bei einem längeren Ausbleiben eines Hochwasserereignisses das Bewusstsein der Bevölkerung über das Hochwasserrisiko aufrecht zu erhalten.

Auf Grund des schnell schwindenden Interesses und des häufig noch geringen Bewusstseins der Bürger über das bestehende Hochwasserrisiko ist es für die Durchführung von Informations-, Kommunikations-, oder Partizipationsmaßnahmen gleichermaßen notwendig, diese vor ihrem Stattfinden anzukündigen, sie zu bewerben und die Bevölkerung auf diese Maßnahmen und Veranstaltungen aufmerksam zu machen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Bevölkerung selbstständig über mögliche Veranstaltungen und Maßnahmen informiert, da die Wahrnehmungen für das Thema Hochwasserrisiko nur bei einem geringen Teil der Bevölkerung präsent ist. Über die Ankündigung und Werbung für Maßnahmen kann eine deutlich größere Zahl der Bevölkerung erreicht werden, deren aktuelle Wahrnehmung bisher nur gering vorhanden ist.

8.2 Darstellung des Informationsmaterials

Die Darstellung und Aufbereitung von Informationsmaterialien spielt im Sensibilisierungsprozess nach wie vor eine wichtige Rolle. Bei der Gestaltung der Materialien, sowohl in gedruckter Form als auch in digitaler Form kann ein einheitliches Layout den Wiedererkennungswert





des Themas steigern. Der Aufbau von Informationsmaterialien sollte dabei übersichtlich sein; die Aussagekraft kann zumeist durch markante Bilder oder Darstellungen erhöht werden. Bilder historischer Ereignisse und Darstellungen von möglichen Szenarien können dabei das Bewusstsein der angesprochenen Bevölkerung verstärkt ansprechen. Zudem erleichtern sie die Vorstellungskraft, der regionale Bezug schafft Betroffenheit und stellt eine emotionale Bindung dar.

Darüber hinaus erleichtert eine klare, einfache Sprache und das Vermeiden von Fachausdrücken das Verständnis für die dargestellten Informationen. Wichtige Fachbegriffe sollten immer verständlich und gewissenhaft erläutert werden, damit keine Missverständnisse über die verwendeten Begrifflichkeiten entstehen können.

8.3 Bedeutung der Medien als Informationskanal

Die Bedeutung der Medien als Informationskanal hat für die Bevölkerung einen hohen Stellenwert. Die Online-Befragung des NLWKN zur Untersuchung des vorhandenen Hochwasserrisikobewusstseins ergab, dass nach wie vor dem Rundfunk und der Presse eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Auch das Fernsehen stellt weiterhin einen verstärkt genutzten Informationskanal dar. Der seit Jahren steigende Trend in der Nutzung der neuen Medien konnte von verschiedenen empirischen Studien belegt werden. Die **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** zeigt die Präferenz der Umfrageteilnehmer sowie mögliche Maßnahmen zur weiteren Sensibilisierung und Partizipation der Bevölkerung.

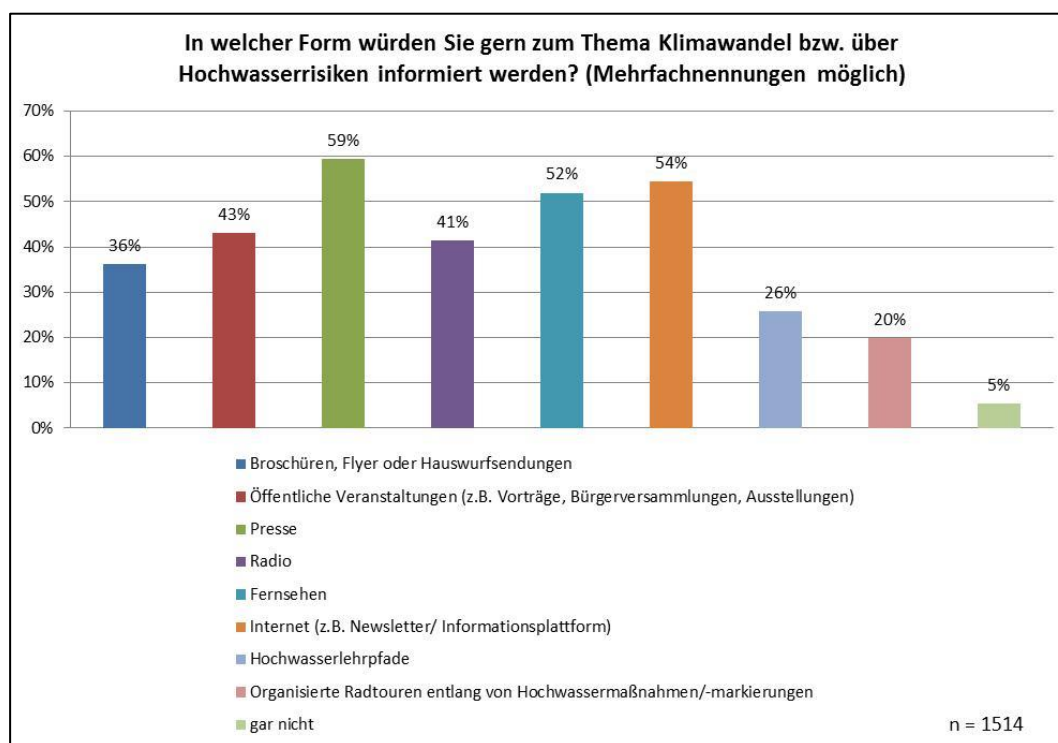


Abbildung 7: Medien als wichtige Informationskanäle: Ergebnis aus einer Online-Bürgerbefragung des NLWKN (2012) zur Präferenz der Informationskanäle zum Thema Hochwasserrisiken bzw. Klimawandel

Die Nutzung des Internets ermöglicht eine schnelle Bereitstellung von Informationen und ist damit ein wichtiges Instrument zur Förderung der Information und zum Teil auch der Sensibilisierung der Bevölkerung durch die angebotenen Informationen. Es ist grundsätzlich zu

empfehlen, Informationsmaterial für die interessierte Bevölkerung (auch) in digitaler Form im Falle von Broschüren, Mitteilungen, Nachrichten etc. zur Verfügung zu stellen.

8.4 Bewusstseinsstärkung in 3 Phasen

Die Sensibilisierung für Hochwassergefahren kann grundsätzlich zu jedem Zeitpunkt, vor, während und nach einem eingetretenen Hochwasserereignis vorgenommen werden.

Dieser Tatsache sollte bei der Durchführung von Sensibilisierungsmaßnahmen Rechnung getragen werden, indem sich die vorgenommene Stärkung der Wahrnehmung und des Bewusstseins auf alle drei Phasen des Hochwasserrisikomanagements (vor, während und nach dem Hochwasserereignis) beziehen. Können alle diese Bereiche abgedeckt werden, ist die Bevölkerung in allen Phasen des Hochwassers vorbereitet und kann entsprechend reagieren. Der Zeitraum vor dem nächsten Hochwasserereignis (der ereignislose Zeitraum) ist zu meist die längste der drei Abschnitte innerhalb des Hochwasserkreislaufes. Aus diesem Grund finden hier häufig die meisten Maßnahmen statt. In der Abbildung werden die drei Phasen in Form der Vorsorge, der Bewältigung während dem akuten Hochwasserereignis und der Regeneration, sowie ein Überblick über die Maßnahmenbereiche dargestellt.



Abbildung 8: Hochwasserrisikomanagement-Zyklus, Darstellung der Phasen vor, während und nach dem Hochwasserereignis (verändert nach "Empfehlungen zur Aufstellung von Hochwasserrisikomanagementplänen" der LAWA (Bund / Länder AG Wasser))

Die Bewusstseinsstärkung für die Periode vor dem Hochwasserereignis sollte das Wissen um die potentielle Gefahr durch Hochwasser, beispielsweise für das eigene Wohngebiet, enthalten. Für die Phase während des Hochwasserereignisses ist das Bewusstsein über den (richtigen) Umgang mit der Gefahr und die Handlungsmöglichkeiten, die jedem individuell zur Verfügung stehen, wichtig für ein effektives Handeln. Für die erste Zeit nach dem Ereignis sollte die Bevölkerung auf Fragen der Schadensregulierung sowie Möglichkeiten zur körperlichen Genesung vorbereitet sein. Eine solche umfangreiche Sensibilisierung erhöht die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) sowohl des einzelnen Bürgers als auch der gesamten Bevölkerung gegenüber den Folgen und Schäden eines Hochwasserereignisses. Aus diesem

Grund sollten bei der Umsetzung von Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen darauf geachtet werden, dass alle Bereiche des Hochwasserbewusstseins gestärkt werden; vor allen Dingen, wenn innerhalb einer Gruppe mehrere Maßnahmen durchgeführt werden.

8.5 Inhaltliche Hinweise

Innerhalb eines Textes können einprägsame Inhalte eines Textes die Bewusstseinsbildung stärker beeinflussen als andere. Innerhalb der Thematik der Auswirkungen von Klimaänderungen ist die Darstellung von extremen Ereignissen, auch wenn es sich zumeist um Projektionen handelt, ein geeignetes Hilfsmittel, welches das Bewusstsein der Bevölkerung zu erweitert. Plakative Inhalte, in Form von Text und Abbildungen, regen die Bewusstseinsbildung zusätzlich an. Es handelt sich hierbei jedoch um ein sorgsam einzusetzendes Mittel. Eine Panikmache durch die Darstellung sehr extremer und zumeist sehr unwahrscheinlicher Szenarien sollte vermieden werden. Die Darstellung von Szenarien und Extremen erfordert stets eine verständliche Erläuterung.

Die Prozesse der Sensibilisierung und Partizipation sind immer eng mit einer persönlichen Betroffenheit verbunden. Die Nennung von markanten Zahlen (zum Beispiel Hochwasserstände, Größe der Überflutungsgebiete etc.) kann das Gefühl der persönlichen Betroffenheit verstärken. Ebenso kann eine räumliche Darstellung der Überflutungen durch Karten wie bspw. die Hochwassergefahrenkarte in der Abbildung 9, direkt das Bewusstsein des Betrachters über eine mögliche persönliche Betroffenheit ansprechen. Darüber hinaus kann die Nennung sowohl von Zahlen der schon aktiven Freiwilligen als auch von potentiellen Möglichkeiten zur Selbst- und gemeinschaftlichen Hilfe das persönliche Engagement der Leser anregen und fördern.

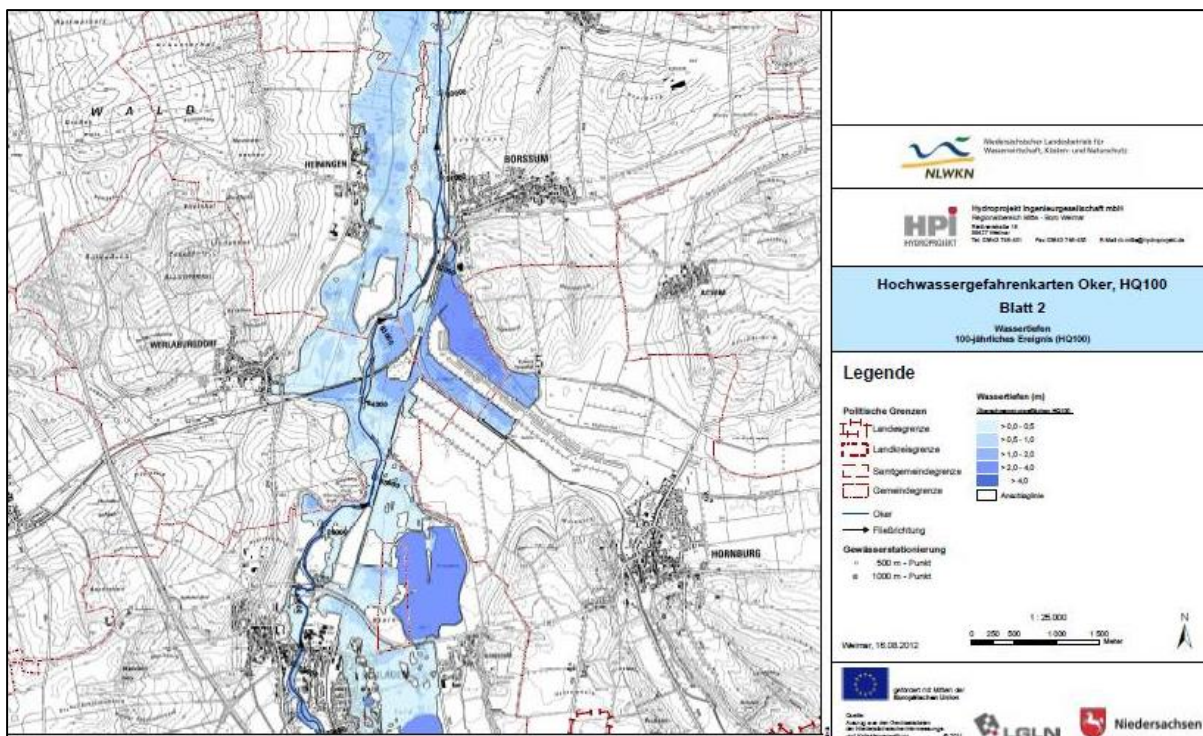


Abbildung 9: Auszug aus der Hochwassergefahrenkarte der Oker (HQ 100) – (NLWKN): www.nlwkn.niedersachsen.de/hochwasser_kuestenschutz/hochwasserschutz/hochwasserschutzplaene/hochwasserschutzplaene-45346.html

8.6 Rückfragen und Ansprechpartner

Bei der Bereitstellung von Informationen sollte darauf geachtet werden, stets eine Möglichkeit für Rückfragen oder die Nennung eines Ansprechpartners zum Beziehen weiterer Informationen zu nennen. Bei Veranstaltungen kann dieser Ansprechpartner vor Ort anwesend sein, oder aber als Kontaktperson gut sichtbar genannt sein, wie es auch bei passiven Informationsmittel wie Flyern etc. gehandhabt werden kann. Die Möglichkeit einer Rücksprache zu den präsentierten Inhalten unterstützt die Vermeidung von Fehldeutungen oder Fehlinterpretationen bei den Empfängern, signalisiert Kontaktbereitschaft und ermutigt die Bürger die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu nutzen.

8.7 Erhöhung des Erfolgs von Beteiligungsmaßnahmen

Innerhalb der zeitlichen Entwicklung der Bevölkerungs- bzw. Bürgerbeteiligungsverfahren konnte über die Zeit eine wichtige Entwicklung beobachtet werden: War die Bürgerbeteiligung zu ihrer Einführung zunächst eine Maßnahme, die von der Bevölkerung gewählt wurde, um gehört und hinzugezogen zu werden, ist es heutzutage verstärkt ein Anliegen der Kommunen geworden, die Bevölkerung in aktiven Prozessen einzubeziehen und zu aktivieren (Baumann et al. 2004). Dabei steht und fällt der Erfolg der Beteiligungsmaßnahmen mit der erkennbaren Berücksichtigung der erarbeiteten Ergebnisse in den politischen bzw. praktischen Umsetzungen. Die erfolgreiche Übertragung der Ergebnisse und die für die Bevölkerung erkennbare Berücksichtigung der Ergebnisse in aktuellen politischen Entscheidungen können dazu beitragen, dass die Kommunikation zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung nachhaltig verbessert werden kann. Eine solche Verbesserung wird zudem erreicht, wenn sich Beteiligungsmaßnahmen zu einer häufig angewendeten Maßnahme bei wichtigen Prozessen entwickeln (Baumann et al. 2004).

Das Einbeziehen von Bürgern und Betroffenen in einen Dialog kann sowohl zu einem konkret vorliegenden Problem einer Maßnahme etc. vorgenommen werden, als auch zur allgemeinen Kommunikation zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung genutzt werden. Letzteres bietet die Möglichkeit, potentielle Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu lösen.

Darüber hinaus können Beteiligungsverfahren auf lokaler oder regionaler Ebene auf Grund der unmittelbaren, greifbaren Nähe zwischen der Bevölkerung und dem erörterten „Problem“ eine aktive Beteiligung der Bürger hervorrufen. Die unmittelbare Betroffenheit und die direkt stattfindende Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Thema können das Engagement der Bürger sehr viel stärker wecken, als es bei zum Teil abstrakt wirkenden überregionalen oder nationalen Prozessen der Fall sein kann (BMVIT, 2008).

8.8 Veränderte gesellschaftliche Entwicklung

Innerhalb der letzten Jahre konnte innerhalb der Gesellschaft eine Entwicklung in Richtung einer zunehmenden Individualisierung beobachtet werden. Unter diesem Prozess nehmen der (Erfahrungs-)Austausch zwischen den Bürgern sowie die Weitergabe von Informationen zu hochwasserrelevanten Fragen tendenziell ab. Diese Entwicklung stellt einen negativen

Effekt für relevante Maßnahmen des Hochwasserrisikomanagements dar. Andererseits kann dieser Trend auch als Basis für eine zunehmende Eigenverantwortung und eine individuelle Entscheidungsfreiheit erkannt werden. In Kombination mit einem geeigneten Angebot an Informationen zum Thema Hochwasserrisiko kann diese Entwicklung positiv für den Sensibilisierungs- und Partizipationsprozess genutzt werden. Wichtig ist an dieser Stelle, sich den gesellschaftlichen Veränderungen bei der Umsetzung einer Maßnahme bewusst zu sein, um die Effektivität der gewählten Methoden nicht einzuschränken.

Neben der zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft sollten zudem die Entwicklungen der zunehmenden Alterung der Gesellschaft und der zunehmenden kulturellen Vielfalt berücksichtigt werden. Konkrete Berücksichtigung können diese Entwicklungen beispielsweise in der mehrsprachigen Auflage von Informationskampagnen finden. Des Weiteren müssen bei Maßnahmen wie beispielsweise der Anwendung der modernen Medien, berücksichtigt werden, dass die Nutzung des Internets altersgruppenspezifisch ist und nicht alle Beteiligten über den gleichen Zugang zu diesen Medien bzw. über dieses Maßnahmenangebot verfügen können.

9 Weiterführende und vertiefende Informationen

Innerhalb vieler politisch- und verwaltungsrelevanter Themen hat die Öffentlichkeitsbeteiligung in den letzten Jahren eine wichtige Rolle eingenommen. Auch in der Wasserwirtschaft und dem hier angesprochenen speziellen Bereich der Hochwasservorsorge und des Hochwasserschutzes sind bereits viele Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen zur Anwendung gekommen. In den Maßnahmen (Darstellung Kapitel 7) finden sich bereits Hinweise detaillierter Methoden. Darüber hinaus liefern die Quellen aus dem angeführten Literaturverzeichnis hilfreiche Hinweise für die allgemeine Umsetzung von Teilnahmeverfahren (herauszuheben sind hier beispielsweise die Arbeitsblätter 1-3 der ÖGUT 2003, 2004a, 2004b).

Zu Beginn einer zukünftigen Sensibilisierungs- oder Partizipationsmaßnahme wird empfohlen, sich einen Überblick über die Grundlagen der Öffentlichkeitsbeteiligung zu schaffen. Viele dieser allgemeinen Hinweise helfen sowohl bei der direkten praktischen Vorbereitung der Maßnahme als auch bei der Vermeidung von Fehlern und Stolpersteinen innerhalb des aktiven Prozesses.

Generell lassen sich keine allgemeingültigen Konzepte für die Beteiligung der Öffentlichkeit verfassen. Die hier aufgeführten Maßnahmen und Beispiele können daher nur eine Auswahl an möglichen Verfahren geben. Die Wahl der geeigneten Methode ist regional- und situationsspezifisch zu treffen. Eine pauschale Zuordnung der möglichen Sensibilisierungs- und Partizipationsverfahren zu einer Frage- oder Problemstellung ist nur bedingt möglich. Vielmehr erfordert eine spezifische Fragestellung eine Prüfung, der für die jeweilige Situation am geeignetsten Maßnahmen. Dabei spielen unter anderem sowohl das Thema, die zu beteiligenden Akteursgruppen, der Umfang der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie das Ziel bzw. Ergebnis der Maßnahme eine entscheidende Rolle bei der Wahl der passenden Methode bzw. Maßnahme. Sowohl die allgemeinen Informationen in der Literatur als auch die hier angeführten Hinweise zu den jeweiligen Maßnahmen sind für diesen Entscheidungsprozess eine Hilfestellung und unterstützen den Anwender bei dem Anliegen einer erfolgreichen Umsetzung einer Sensibilisierungs- oder Partizipationsmaßnahme.

10 Literatur

Apel, H., Dernbach, D., Ködelpeter, Th., Weinbrenner, P. (Hrsg.), 1998. Wege zur Zukunftsfähigkeit. Ein Methodenhandbuch, CD-ROM, Bonn, Verlag Stiftung MITARBEIT

Baumann, F., Detlefsen, M., Iversen, S., Vogelsang, L., 2004. Neue Tendenzen bei Bürgerbeteiligungsprozessen in Deutschland. Veränderte Rahmenbedingungen, Praktiken und deren Auswirkungen. Erstellt im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Benighaus, C., Kastenholz, H., 2003. Praxisleitfaden – Mobilfunkanalgen. Information und Beteiligung bei der Standortsuche von Mobilfunkanalgen. Manuskript für das Sozialministerium des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

Benighaus, C., Oppermann, B., Renn, O., 2005. Partizipative Verfahren in der kommunalen Planung. In: Handbuch der Nachhaltigkeitskommunikation: Grundlagen und Praxis. Oekom.-Verlag, München, S. 698-708

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT), Wien; Abteilung Bundeswasserstraßen, 2008. FloodRisk II Vertiefung und Vernetzung zukunftsweisender Umsetzungsstrategien zum integrierten Hochwasserschutz Leitfaden: Öffentlichkeitsbeteiligung im Hochwasserschutz, Wien

Franck, N., 2012. Praxiswissen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ein Leitfaden für Verbände, Vereine und Institutionen. 2. aktualisierte Auflage, VS Verlag.

Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes vom 3.Mai 2005. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2005 Teil I Nr. 26, ausgegeben zu Bonn am 9.Mai 2005, S. 1224-1228

Harrison, O., 2001. Open Space Technology. Ein Leitfaden für die Praxis. Klett-Cotta, Stuttgart

Huber, P. M., 2001. Die Vorgaben des Grundgesetzes für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. In: Archiv des öffentlichen Rechts. 126. Bd., S. 165-203

HWRM-RL - Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken. Amtsblatt der Europäischen Union L 288/27

Klößler, D., Köhn, A., 2002. Partizipation von BürgerInnen. Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie, Forschungsbericht

Kruse, S., 2010. Vorsorgendes Hochwassermanagement im Wandel - Ein sozial-ökologisches Raumkonzept für den Umgang mit Hochwasser. VS Verlag für Sozialwissenschaften 261 S.

LAWA Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (2010). Empfehlungen zur Aufstellung von Hochwasserrisikomanagementplänen. Dresden, S.10

Ley, A., Weitz, L. (Hrsg), 2003. Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Stiftung MITARBEIT, Agenda Transfer, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn

Mayntz, G., 2007. Petitionen. Von der Bitte zum Bürgerrecht. Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Berlin, Download als pdf unter: <https://www.btg-bestellservice.de/pdf/20201500.pdf>



Muro, M., Ober, I., Scheumann, W., 2006, Zielgruppenermittlung und Zielgruppenanalyse für die Öffentlichkeitsbeteiligung im Flussgebietsmanagement. Ein Leitfaden für die Praxis., UBA, Umweltbundesamt (Hrsg.), Dessau. Abruf ausschließlich unter <http://www.umweltbundesamt.de>

NKomVG, Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz vom 17.Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576)

NLWKN, 2012. Hochwasserschutzpläne, Download als pdf unter: http://www.nlwkn.niedersachsen.de/hochwasser_kuestenschutz/hochwasserschutz/hochwasserschutzplaene/hochwasserschutzplaene-45346.html

NWG- Gesetz zur Neuregelung des Niedersächsischen Wasserrechts vom 19.Februar 2010. Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Jg. 64, Nr. 5

ÖGUT, Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, Strategieguppe Partizipation 2003. Arbeitsblätter zur Partizipation 1. Checklisten für Rahmenbedingungen und Qualitätskriterien partizipativer Verfahren im öffentlichen Bereich. Wien. Abruf unter <http://www.partizipation.at>

ÖGUT, Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, Strategieguppe Partizipation 2004a. Arbeitsblätter zur Partizipation 2. Der Nutzen der Öffentlichkeitsbeteiligung aus der Sicht der Akteurlnengruppen. Wien. Abruf unter <http://www.partizipation.at>

ÖGUT, Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, Strategieguppe Partizipation 2004b. Arbeitsblätter zur Partizipation 3. Grenzen, Stolpersteine und Instrumentalisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung. Wien. Abruf unter <http://www.partizipation.at>

Renn, O., 2001. Bürgerforen & Co. - Aus Betroffenen werden Beteiligte. In: Teufel, Erwin (Hrsg.): Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft. Frankfurt an Main, S. 191-196

Restemeyer, B., Richmann, A., Anhalt, M., 2012. Auswertung der Online-Bürgerumfrage „Bürger mit ins Boot holen – aber wie?“. NLWKN (Hrsg.), Hannover-Hildesheim, Download als pdf unter: http://www.nlwkn.niedersachsen.de/hochwasser_kuestenschutz/hochwasserschutz/onlinebefragung/hier-sind-sie-richtig-online-buergerbefragung-zum-thema-klimawandel-und-hochwasserrisiko-in-niedersachsen-102373.html

Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, 2009. Hochwassermarken Thüringen. Erfurt, Download als pdf unter: <http://www.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1062.pdf>

WHG – Gesetz zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009, BGBl. I S. 2585-2621

